



Europäische
Kommission

PANORAMA

HERBST 2018 / Nr. 66

Litauen: eine intelligentere Zukunft schaffen

GLOBALISIERUNG MIT
INTERNATIONALER
STÄDTISCHER
ZUSAMMENARBEIT



PROJEKT
ROAD TRIP –
WAS FÜR
EINE REISE!



Regionalpolitik
und Stadt-
entwicklung

PANORAMA

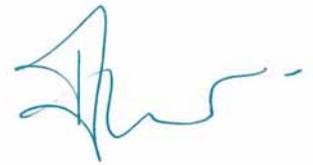
In dieser Ausgabe ...

In der Herbstausgabe des Magazins *Panorama* wird ein breites Spektrum an Themen behandelt – von städtischen Fragen bis hin zu Themen aus den Bereichen internationale Zusammenarbeit und Energiepolitik.

Unser Schwerpunkt liegt diesmal auf Litauen. Im Interview mit uns erläutert Finanzminister Vilius Šapoka, wie es Litauen mithilfe von EU-Mitteln gelungen ist, seine Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität durch Investitionen in die Geschäftsentwicklung zu verbessern. Dies wird anhand detaillierter Profile von fünf neuen Projekten veranschaulicht. „Mit der Kamera eingefangen“ wurden diesmal geförderte Projekte in Rheinland-Pfalz.

Wir werfen einen Blick auf den Beitrag der Kohäsionspolitik zur Förderung nachhaltiger Energieformen und einer CO₂-armen Gesellschaft, schauen uns unsere strategischen Partnerschaften mit Städten auf der ganzen Welt im Rahmen des Programms für internationale Städtezusammenarbeit an und stellen die Ergebnisse eines kürzlich veröffentlichten Berichts über die Geschäftstätigkeit in Kroatien, der Tschechischen Republik, Portugal und der Slowakei vor.

Wir geben die Gewinner des diesjährigen Foto- bzw. Blog-Wettbewerbs #EUinmyregion bekannt und blicken zurück auf das kürzlich abgeschlossene „EU Road Trip Project“, wobei wir unseren acht jungen Teilnehmern am Ende ihres Abenteuers nach Berlin folgen. Die Rubrik „Projekte“ führt uns nach Gibraltar, Rumänien und Deutschland.



AGNÈS MONFRET

Leiterin des Referats Kommunikation, Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Europäische Kommission

Titelbild: Thinkstock/ Aleh Varanishcha



04



12



16



28

EDITORIAL	3	EINE STÄDTEAGENDA FÜR DIE EU	20
FÖRDERUNG EINER SAUBEREN, FAIREN ENERGIEUNION ...	4	EUROCITIES IN URBANEN DIMENSIONEN	22
KOHÄSIONSFONDS IN NIEDERÖSTERREICH	7	STÄDTEPARTNERSCHAFTEN KAPITALISIEREN	24
EU INVESTIERT IN RUMÄNISCHE STÄDTE	8	LITAUEN: INTELLIGENTE ENTWICKLUNGEN	28
DER KOHÄSIONSFONDS IN DEUTSCHLAND	9	KARTEN: ZUGANG ZU UNIVERSITÄTEN	36
ZUM WESENTLICHEN KOMMEN	10	MIT DER KAMERA EINGEFANGEN IN RHEINLAND-PFALZ	38
ROAD TRIP UNPACKED	12	DATENPUNKT: EFRE- UND KF-ZUTEILUNGEN	40
#EUINMYREGION GEWINNER	16	INTERREGIONALE ZUSAMMENARBEIT FUNKTIONIERT	42
FOKUS AUF YOUTH4REGIONS	18	PROJEKTE AUS GB, DEUTSCHLAND UND RUMÄNIEN	44

EDITORIAL

„Wir müssen heute die Bäume pflanzen, in deren Schatten unsere Enkel – wo auch immer sie herkommen, aus dem Westen, dem Osten, dem Süden oder dem Norden – in Frieden aufwachsen können.“

Mit diesen Worten bekräftigte Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union in diesem Jahr erneut die langjährige und wesentliche Verpflichtung der Union: die Einhaltung der Versprechen, Frieden und langfristigen Wohlstand für alle zu ermöglichen, unabhängig davon, wo sie in der EU leben oder aufgewachsen sind.

Als EU-Kommissarin für Regionalpolitik bin ich stolz darauf, an der Spitze einer EU-Politik zu stehen, die dies jeden Tag wieder ermöglicht, zusammen mit Millionen von Menschen, die dies über die Kohäsionspolitik jeden Tag in die Praxis umsetzen. Diese Ausgabe von *Panorama* enthält bemerkenswerte Beispiele dafür, wie ihre wertvolle Arbeit wirklich etwas bewegen kann.

In wenigen Tagen werden sich wieder viele dieser tatkräftigen Menschen aus der EU in Brüssel versammeln, um an unserer Europäischen Woche der Regionen und Städte teilzunehmen und ihre Erfahrungen und ihr Wissen sowie ihr Engagement für ein besseres und wohlhabenderes Europa einzubringen.

Die diesjährige EU-Woche wird jedoch sicherlich eine besondere werden. Wie Präsident Juncker sagte, gibt es derzeit eine „große Erwartungen an Europa“, der die EU gerecht werden muss. Sie muss sich nun bewähren. Die Vorschläge der Europäischen Kommission für 2021-2027, in denen unsere gemeinsamen Ziele für den neuen Zeitraum beschrieben wurden, sind dafür der erste Schritt. Jetzt ist es an der Zeit, weiterzumachen und diese Vorschläge um Ideen und Projekte zu ergänzen, die diese Politik für das nächste Jahrzehnt prägen werden. Und genau hier können die Beiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der EU-Woche der Regionen und Städte besonders wertvoll sein.



Sie sind dazu eingeladen, ihre Ansichten, Erfahrungen und Gedanken zu drei Hauptthemen auszutauschen:

- Die Notwendigkeit einer starken Kohäsionspolitik über 2020 hinaus, die strukturelle Hindernisse überwindet, das Humankapital fördert und die Lebensqualität der EU-Bürger verbessert;
- Wachstum und regionale Entwicklung; Verständnis und Steuerung regionaler Aspekte der Globalisierung, des digitalen Wandels, des Klimawandels und der Energiewende; und
- integrierte territoriale Entwicklung, einschließlich sozialer Strategien für Jugend, Integration von Migrantinnen und Migranten und gegen soziale Ausgrenzung.

Ich freue mich sehr auf die anstehenden Diskussionen und auf die riesige Menge an neuen Ideen, die anlässlich dieser Veranstaltung entstehen werden. Sie werden sicherlich den Grundstein für die neue Runde der kohäsionspolitischen Programme legen und damit den Samen für die Bäume säen, die den kommenden Generationen europäischer Bürgerinnen und Bürger Schatten spenden können. Dies ist unsere Verantwortung, und ich bin sicher, dass sie im Laufe der Zeit stolz auf unsere Entscheidungen und unsere Entschlossenheit sein werden, unseren Kurs bei allen Herausforderungen überall und jederzeit beizubehalten. ■

CORINA CREȚU
EU-Kommissarin für Regionalpolitik



Eine saubere und faire Energiewende für alle

Der Übergang Europas zu einer CO₂-armen Gesellschaft wird zur neuen Realität vor Ort. Vorschläge für die Kohäsionspolitik 2021-2027 beschleunigen nicht nur den Übergang zum Erreichen von Klima- und Energiezielen, sondern unterstützen auch Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Unternehmensgründungen, Investitionsmöglichkeiten und einen gerechteren Zugang zu nachhaltiger Energie.

Unsere Gesellschaft muss insgesamt mobilisiert werden, um Ideen für eine saubere und faire Energieunion zu entwickeln. Alle Beteiligten müssen einen Beitrag zur Erreichung der gemeinsam vereinbarten Energie- und Klimaziele Europas für 2020 und 2030 sowie der Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen zur Begrenzung des Klimawandels leisten.

Die Energiewende trägt auch zur Modernisierung der europäischen Wirtschaft bei. Sie kann das Wirtschaftswachstum, Investitionen und die technologische Führungsrolle fördern,

STRATEGIE DER ENERGIEUNION

Eine Europäische Energieunion sorgt für sichere, erschwingliche und nachhaltige Energie in Europa. Die im Jahr 2015 vorgelegte Strategie der EU für die Energieunion besteht aus fünf eng mit einander verbundenen und sich gegenseitig verstärkenden Dimensionen:

- › Sicherheit, Solidarität und Vertrauen
- › Ein vollständig integrierter Energiebinnenmarkt
- › Energieeffizienz
- › Klimaschutz – Umstellung auf eine Wirtschaft mit geringen CO₂-Emissionen
- › Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit

KLIMA- UND ENERGIEZIELE



die regionale Entwicklung unterstützen, zu einer saubereren und gesünderen Umwelt beitragen und den Zugang zu sicheren Energiequellen verbessern.

Allein für den Energiesektor sind im Zeitraum 2021-2030 erhebliche Investitionen von rund 400 Mrd. EUR erforderlich, vor allem in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Infrastruktur. Zumal die Abkehr von alten Energiequellen wie der Kohle auch soziale Kosten verursachen wird. Die EU-Kohäsionspolitik kann Regionen und Städte dabei unterstützen, wirksame Lösungen für einen fairen und effizienten Übergang zu sauberer Energieerzeugung zu entwickeln, die auch die Vielfalt der Bedingungen in ganz Europa widerspiegeln.

Die Kohäsionspolitik im gegenwärtigen Zeitraum 2014-2020 unterstützt bereits Partnerschaften, Lösungen aus der Praxis und intelligente Spezialisierungen auf CO₂-arme Technologien und Dienstleistungen. Diese haben eine nachhaltigere Energienutzung in allen Sektoren gefördert, auch im Verkehrswesen, und den Zugang zu intelligenten Netzen gefördert. Bis Ende 2017 wurden rund 34,5 Mrd. EUR an kohäsionspolitischen Mitteln – die Hälfte der für 2014-2020 geplanten 69 Mrd. EUR – für Projekte zur Unterstützung der Energieunion in Anspruch genommen.

ENERGIEEFFIZIENTE HÄUSER IN LITAUEN

In Litauen werden rund 314 Mio. EUR aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 2014-2020 in die Renovierung von alten Mehrfamilienhäusern und Häuserblöcken investiert, um deren Energieeffizienz zu verbessern. Durch diese Modernisierung soll der Energieverbrauch von rund 30 000 Familien um bis zu 60% reduziert werden. Bis Ende 2017 waren 750 Gebäude von 19 000 Familien fertig, rund 400 Gebäude wurden renoviert und 700 Renovierungen waren in Vorbereitung.

Eine schnellere Wende ermöglichen

Die Vorschläge für die Kohäsionspolitik 2021-2027 enthalten weniger und modernere Prioritäten, die sich auf ein intelligentes, grünes, CO₂-armes, sozialeres und stärker vernetztes Europa mit größerer Bürgernähe konzentrieren. Sie bringen Flexibilität und erleichtern Entwicklungen in Politikbereichen und Regionen, die die Energiewende beschleunigen können.

Durch die Konzentration der Investitionen auf weniger Themen wird die Kohäsionspolitik weiterhin auf das fokussiert, was für die Wettbewerbsfähigkeit und die strukturellen Anpassungen an die Herausforderungen der Globalisierung und des technologischen Wandels entscheidend ist. Zugleich wird eine Fragmentierung der Ressourcen vermieden, um sich auf einen intelligenten und innovativen wirtschaftlichen Wandel in den Regionen und ein umweltfreundlicheres, CO₂-armes Europa zu konzentrieren.

Auf nationaler Ebene verpflichtet das Governance-System der Energieunion die Mitgliedstaaten dazu, einen integrierten nationalen Energie- und Klimaplan für den Zeitraum 2021 bis 2030 vorzulegen. Dieser Plan ist nun Teil der von der Kommission für die Kohäsionspolitik vorgeschlagenen modernisierten Rahmenbedingungen, ebenso wie mehrere andere Maßnahmen im Zusammenhang mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien.

Governance- und Reformaspekte sind für den Erfolg tatsächlich ausschlaggebend. Entsprechende Empfehlungen im Rahmen des Governance-Systems der Energieunion und des Europäischen Semesters müssen bei der Planung und Durchführung berücksichtigt werden.

Die vorgeschlagene europäische Stadtinitiative stärkt laufende Maßnahmen und baut auf der Städteagenda für die EU auf. Sie fördert innovative Investitionen und bündelt gleichzeitig verschiedene Finanzierungsinstrumente für einen neuen kohärenten Ansatz, mit dem die Städte leichter intelligente,



CO₂-arme Systeme entwickeln können. In der Zwischenzeit werden sich die grenzüberschreitenden Interreg-Programme mehr als bisher auf die institutionelle Zusammenarbeit, die Lösung von Grenzfragen und Investitionen in gemeinsame Dienste konzentrieren können, die für ein nachhaltigeres Energiesystem wichtig sind.

Ergänzung privater Investitionen

Das oberste politische Ziel ist die Schaffung tragfähiger Energiemärkte. Private Finanzierungsquellen sollten den größten Teil der Investitionen in diesem Bereich abdecken, da Projekte für erneuerbare Energien oder Infrastrukturen zu Einnahmen führen, während Investitionen in Energieeffizienz zu niedrigeren Energiekosten führen.

Öffentliche Quellen sollten dort eingreifen, wo Marktversagen zu Finanzierungslücken führt. Die Mitgliedstaaten und Regionen müssen sicherstellen, dass öffentliche Mittel die privaten Investitionen nicht ersetzen, sondern in Übereinstimmung mit den Vorschriften für staatliche Beihilfen ergänzen und nutzen, wann immer dies erforderlich ist.

Da die Ressourcen der Kohäsionspolitik im Programmplanungszeitraum 2021-2027 knapper werden sollen, dürfte die allgemeine Bedeutung der Finanzinstrumente zunehmen. Dies steht im Einklang mit dem allgemeinen Ziel, Investitionen vor Ort anzuregen und gleichzeitig die privaten Investitionen zu maximieren. Zugleich bleibt die Flexibilität für die Erreichung allgemeiner politischer Ziele in den Bereichen wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt erhalten.

Die Aktivitäten, mit denen kein Gewinn erzielt wird und keine Kosten eingespart werden können, können durch eine Kombination aus finanziellen Förderungen gestützt werden, beispielsweise um die Entwicklung innovativer Technologien zu fördern oder soziale Fragen wie Energiearmut anzugehen.

Neue Systeme fördern

Um die langfristigen Ziele der EU zu erreichen, muss sich unsere Volkswirtschaft und Gesellschaft erheblich verändern. Eine saubere und faire Energiewende erfordert eher systemische Lösungen als die Optimierung bestehender Systeme.

Es ist wichtig, entsprechende Kenntnisse und das passende Know-how der Akteure auf allen Ebenen zu entwickeln. Eine gute Koordinierung zwischen allen privaten und öffentlichen Interessengruppen ist erforderlich. Dies gilt auch für die Entwicklung verschiedener Förderinstrumente.

Begleitende Maßnahmen sollten den Aufbau regionaler und lokaler Lösungen zur Bewältigung des Übergangs zu sauberer Energie unterstützen. Alle wichtigen Akteure wie NRO, Unternehmen, Forscherinnen und Forscher sowie Behörden müssen einbezogen werden.

Der Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern kann insbesondere die Möglichkeiten öffentlicher und privater Akteure steigern. Auf EU-Ebene kommt dem Netzwerk der Energie- und Verwaltungsbehörden (EMA) eine hilfreiche Rolle zu. ■

MEHR DAZU:

<https://europa.eu/!jN48TP>



MIT EIGENEN WORTEN

PANORAMA
freut sich auf Ihre
Beiträge!

„Mit eigenen Worten“ ist der Abschnitt in *Panorama*, in dem Akteure auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene ihre Erfolge für den Zeitraum 2014-2020 darlegen und ihre Ansichten zu den laufenden und entscheidenden

Diskussionen über die Kohäsionspolitik nach 2020 teilen. *Panorama* freut sich auf Ihre Beiträge in Ihrer Sprache, die eventuell in künftigen Ausgaben erscheinen werden. Bitte kontaktieren Sie uns unter regio-panorama@ec.europa.eu für weitere Informationen zu Richtlinien und Fristen.

EU-Kohäsionspolitik als Motor der Regionalentwicklung in Niederösterreich

Niederösterreich ist die flächenmäßig größte und mit Ihren 1,67 Mio. Einwohnern die bevölkerungsmäßig zweitgrößte Region Österreichs. Die wirtschaftliche Dynamik, die Infrastruktur, der Bevölkerungszuwachs sowie die Nähe zur Metropole Wien und zu den Nachbarstaaten Tschechien und Slowakei entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs in künftigen *Panorama* bedeuten unterschiedliche Herausforderungen für die Region.

Mit Kohäsionsmitteln kann Niederösterreich viele davon bewältigen und zusätzlich zahlreiche Projekte aus den Bereichen Raumentwicklung, Umwelt- und Naturschutz, Forschung, Entwicklung und neue Technologien umsetzen, um so den Standort Niederösterreich zu stärken. Auch Niederösterreichs Wirtschaft profitiert von einer erfolgreichen Kohäsionspolitik, durch Unterstützungen bei der Modernisierung von Betrieben und der Errichtung neuer Betriebsstandorte. Die wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich auch positiv auf



Johanna Mikl-Leitner
Mitglied des Europäischen
Ausschusses der Regionen
Landeshauptfrau von
Niederösterreich

den Arbeitsmarkt in Niederösterreich aus. Im August 2018 waren in Niederösterreich die Arbeitslosenzahlen so niedrig wie vor 18 Jahren.

Regionale Investitionen in grenzüberschreitende Projekte ermöglichen es uns, den Bürgerinnen und Bürgern die Ideen eines gemeinsamen Europas zu vermitteln. Mit dem grenzüberschreitenden Vorzeigeprojekt der „NÖ Sprachenoffensive“ konnten Kinder und Jugendliche sprachlich und interkulturell für den gemeinsamen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt mit den Nachbarländern Tschechien, Slowakei und Ungarn vorbereitet werden. Mit der Gesundheitsinitiative „Health Across“ wird die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in den Grenzregionen laufend verbessert.



Martin Eichtinger
Stellvertretendes Mitglied des
Europäischen Ausschusses der
Regionen und Mitglied der
Niederösterreichischen
Landesregierung für Wohnen,
Arbeit und internationale
Beziehungen

„Unsere vielfältigen regionalen Projekte regen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an, die die europäische Identität stärken können,“ sagt Martin Eichtinger, stellvertretendes Mitglied des Europäischen Ausschusses der Regionen und Mitglied der Niederösterreichischen Landesregierung für Wohnen, Arbeit und internationale Beziehungen.

Niederösterreich war und wird auch in Zukunft eine treibende Kraft für die europäischen Regionen sein. Der Herzschlag Europas kommt aus den Regionen, und sie können den Bürgern die Idee eines gemeinsamen Europas am besten vermitteln.



Niederösterreich hat sich bereits in den Jahren 2010/2011 in Partnerschaft mit vielen Regionen und interregionalen Organisationen Europas für das Weiterbestehen der EU-Kohäsionspolitik für alle EU-Regionen in der Förderperiode 2014-2020 konsequent eingesetzt. Auch im Jahr 2016 war es Niederösterreich, das für die Periode nach 2020 mit 342 Partnern aus den Regionen und Provinzen, stellvertretend für 83 Prozent der der EU-Bevölkerung (EU27-Staaten) die Notwendigkeit des Fortbestehens der „EU-Regionenpolitik“ gefordert haben.

Die Forderungen des europaweiten Netzwerks wurden im Januar 2018 dem Kom-

missionspräsidenten Jean-Claude Juncker übergeben. Gemeinsam mit der #CohesionAlliance des Ausschusses der Regionen setzt sich der Ausschuss der Regionen auch in den Verhandlungen für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen ein.

Viele der Forderungen wurden in den neuen Verordnungsvorschlägen der Europäischen Kommission zur Kohäsionspolitik 2021-2027 aufgenommen. Dazu zählen auch die Verfügbarkeit der Kohäsionsfonds für alle Regionen, die weitere Konzentration auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die Konzentration der EU-Mittel auf Gebiete mit Mehrwert für die EU und die Vereinfachung der entsprechenden Verwaltung.

Am 28. November 2018 wird anlässlich des 10. European Innovation Summit im Europäischen Parlament ein weiterer Schritt getan. Die Regionen Europas werden anhand von Zahlen und Fakten zeigen, dass Innovation als Priorität der Zukunft für Wachstum und Beschäftigung und Fortschritt nicht losgelöst von der EU-Kohäsionspolitik betrachtet werden kann. Beide stärken alle Regionen und Städte Europas, um ein gemeinsames, starkes und sicheres Europa für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. ■

Investitionen in Städte zur Förderung lokaler Entwicklungen

Angesichts der Tatsache, dass die Kohäsionspolitik die wichtigste Quelle für die finanzielle Unterstützung von Investitionen in Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ist, befürworten die Kommunen in Rumänien eine vereinfachte Kohäsionspolitik mit einem einheitlichen Ansatz gegenüber den Städten.



Robert Sorin Negoită
Präsident des Verbandes der rumänischen Gemeinden,
Bürgermeister des Sektors 3 der Stadt Bukarest

Die Haushaltsmittel für eine nachhaltige Stadtentwicklung müssen in einem angemessenen Verhältnis zu der entscheidenden Bedeutung der Städte für das Wachstum und die Entwicklung der Länder stehen. Die lokalen Behörden sind in der Lage, die verfügbaren Ressourcen effizient zu nutzen, um die gewünschten Ergebnisse zu erzielen, sich an die zunehmend diversifizierten Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger anzupassen, sie zu antizipieren und rechtzeitig darauf zu reagieren, und sie sind für die Begünstigten zugänglich und ihnen gegenüber verantwortlich. Die lokalen Behörden sind diejenigen, die die Initiative ergreifen, um ihre eigenen Städte in wettbewerbsfähige und für die Einwohner attraktive Zentren zu verwandeln.

Der einheitliche Rechtsrahmen und die Einführung neuer Kriterien für die Zuweisung europäischer Mittel werden zu einer besseren Anpassung an die aktuellen Gegebenheiten, Bedürfnisse und Prioritäten der Regionen und Städte beitragen. Die Konsolidierung des Partnerschaftsprinzips und die Rolle der lokalen und regionalen Behörden bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik durch ihre aktive Beteiligung und die Verbreitung von Instrumenten zur Förderung und Unterstützung der lokalen Entwicklung durch integrierte Strategien, können noch mehr dazu beitragen, das Risiko größerer regionaler Ungleichheiten zu verringern.

Für die Zukunft nach 2020 glauben wir an die Vereinfachung der Kohäsionspolitik, die Konzentration der Mittel auf erfolgreiche Programme mit positiver Bilanz und einer positiven Auswirkung auf die Bürgerinnen und Bürger sowie an die Konsolidierung der Informations- und Verbreitungsaktivitäten. ■

EU-Förderpolitik 2021-2027 – eine deutsche Perspektive

Die deutschen Kommunalverwaltungen begrüßen Reformen des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), die zu seiner Vereinfachung und weiteren Transparenz beitragen, um neue Herausforderungen angehen zu können und die Finanzierungslücke zu schließen, die durch den Rückzug des Vereinigten Königreichs aus der EU entstanden ist.



Maximilian Klein
Leiter des Europabüros der
Bayerischen Kommunen

Der MFR und die Regelungen zu den einzelnen Förderprogrammen sind für die Kommunen von besonderer Bedeutung. Sie bestimmen die Richtung und Qualität der EU-Finanzierung für sieben Jahre. Die Kommission zeigte den Mut, trotz der allerorts erhobenen Forderungen nach Einsparungen einen Haushalt vorzuschlagen, der in absoluten Zahlen sogar wächst.

Die EU-Förderpolitik berührt die kommunale Ebene in beinahe jedem Aspekt, sei es die Förderung von innovativen lokalen Mobilitätslösungen, die Unterstützung von Basisdienstleistungen in dünnbesiedelten Grenzgemeinden oder die Finanzierung von Integrationsmaßnahmen für die schwächsten Bevölkerungsschichten. Stets können EU-Mittel den Unterschied machen, ob ein Projekt durchgeführt wird oder nicht.

Die Beteiligung an Entscheidungen über die Zukunft der Förderpolitik ist daher für die lokalen Behörden von größter Bedeutung. Die bayerischen kommunalen Spitzenverbände machten sich deshalb schon frühzeitig Gedanken, wie die zukünftige Förderung aussehen müsste. Sie haben dies aktiv in ihre Arbeitsprozesse integriert und ihre Ansichten mit der Kommission geteilt.

Mit den aktuell diskutierten Vorschlägen hat die Kommission versucht, viele dieser Kernforderungen aufzugreifen. So wurden Anstrengungen unternommen, Bürokratie zu reduzieren, mehr Flexibilität in Zielsetzung und Abwicklung zu ermöglichen und die thematischen Ziele besser an den tatsächlichen Bedarfen vor Ort auszurichten. Für diese Punkte treten die Kommunen auch im weiteren Verfahren ein.

Der wesentlichste Forderung war jedoch, eine Förderung gerade über die Struktur- und Investitionsfonds auch weiterhin in allen Regionen Europas zu ermöglichen.

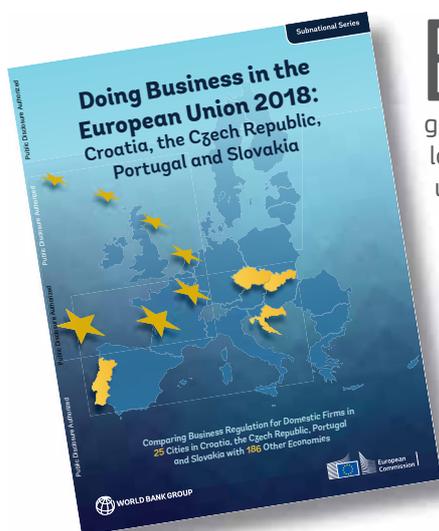
Dieser Punkt wurde von der Kommission vollständig aufgegriffen. Die lokalen Behörden haben mit großer Mehrheit auch die Unterstützung des Europäischen Parlaments erhalten. Die EU-Förderung hat eben nicht nur in Kohäsionsländern einen Mehrwert, sondern sorgt in allen Mitgliedstaaten für einen besseren Zusammenhalt und für eine Identifikation der Bevölkerung mit der EU und der europäischen Idee.

Jetzt kommt es darauf an, möglichst rasch eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten untereinander einerseits und mit dem EU-Parlament andererseits herbeizuführen. Eine lange Phase, ohne die Möglichkeit EU-Fördermittel zu beantragen, muss unbedingt vermieden werden. ■



Bessere Wirtschaftsverbindungen vor Ort verschärfen den globalen Wettbewerb

Der zweite Bericht „Geschäftstätigkeit in der Europäischen Union 2018“ analysiert das rechtliche und administrative Umfeld für fünf Schlüsselbereiche in 25 Städten in Kroatien, der Tschechischen Republik, Portugal und der Slowakei.



EU-Städte können eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung der richtigen Bedingungen für das lokale Wirtschaftswachstum und bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze spielen. Zugleich spielt die Größe nicht zwingend eine Rolle. Nachfolgend finden Sie einige Highlights der zweiten Berichtsreihe, die von der Kommission und der Weltbank veröffentlicht wurden und die wertvolle Hinweise darauf geben, was Unternehmerinnen und Unternehmer beim Auf- und Ausbau von Unternehmen in der EU unterstützt oder behindert.

Insgesamt zeigt die Analyse, die sich auf die Gründung eines Unternehmens, die Erteilung von Baugenehmigungen, die Durchsetzung vertraglicher Ansprüche, die Beschaffung von Strom

und die Registrierung von Eigentum konzentrierte, ungleiche Möglichkeiten nicht nur zwischen den EU-Mitgliedstaaten, sondern auch innerhalb jedes der vier genannten Länder.

In **Kroatien** stehen beispielsweise Unternehmer in den kleineren Städten Varaždin und Osijek vor kleineren Hürden als ihre Kollegen in den größten Städten. Es ist in Split einfacher, ein Unternehmen zu gründen, in Varaždin ist der Umgang mit Baugenehmigungen einfacher und Osijek zeichnet sich durch seine Leistungen bei der Registrierung von Immobilien und der Durchsetzung vertraglicher Ansprüche aus.

In den drei größten Städten der **Tschechischen Republik** – Prag, Brünn und Ostrau – sind die Bedingungen für Geschäftstätigkeiten viel besser als anderswo im Land. Die Hauptstadt Prag steht an erster Stelle beim Stromzugang und der Durchsetzung vertraglicher Ansprüche, während Brünn, die zweitgrößte Stadt, bei Baugenehmigungen besser abschneidet als ihre Konkurrenz. Eine weitere große tschechische Stadt, Ostrau, ist nationale Meisterin bei der Registrierung von Immobilien.

In **Portugal** steht die Stadt Porto an erster Stelle beim Umgang mit Baugenehmigungen. Die Beschaffung von Strom und die Durchsetzung vertraglicher Ansprüche ist für Unternehmen in Coimbra einfacher, während die Registrierung von Immobilien in Faro, Funchal und Ponta Delgada weniger Bürokratie mit sich bringt. Im Gegensatz zu den anderen drei Mitgliedstaaten der Studie sind einzelne portugiesische Städte in verschiedenen Sektoren führend.

Prešov und Žilina stehen bei der Gründung eines Unternehmens in der **Slowakei** an der Spitze. In Prešov ist die Erteilung



Darko Horvat, Wirtschaftsminister, Kroatien



Vittoria Alliata Di Villafranca, Europäische Kommission



Elisabetta Capannelli, Weltbank

„Geschäftstätigkeit in der EU“ spielt eine wichtige Rolle bei der Schaffung der richtigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Politik und der Gewinnung von Investitionskräften in den EU-Regionen.

von Baugenehmigungen effizienter, während in Žilina der Zugang zu Strom einfacher ist. Trnava zeichnet sich durch seine Leistungen bei der Registrierung von Immobilien aus und Kosice bei der Durchsetzung vertraglicher Ansprüche. Wie in Kroatien auch sind kleinere Städte im Wettbewerbsverhältnis zur slowakischen Hauptstadt Bratislava oft unternehmensfreundlicher.

Ermittlung bewährter Verfahren

Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, dass sich die deutlichsten Unterschiede in jedem Land ergeben, wenn die lokalen Behörden große Autonomie bei der Entwicklung und Umsetzung von Vorschriften haben, wie etwa bei Baugenehmigungen, beim Zugang zu Strom und der Durchsetzung vertraglicher Ansprüche. Der Bericht liefert ein überzeugendes Argument für gezielte Maßnahmen dafür, die bestehenden Möglichkeiten zur Förderung der Effizienz und Qualität der Regulierung zu nutzen, indem Größenvorteile genutzt und in die Modernisierung der Verwaltung investiert werden. Zu diesem Zweck unterstützt die Analyse auch nationale und lokale Entscheidungsträger, indem sie bestehende bewährte Verfahren erkennt, mit denen das lokale Geschäftsumfeld verbessert werden kann und Unternehmen Zeit und Geld sparen können.

„Geschäftstätigkeit in der EU“ spielt eine wichtige Rolle bei der Schaffung der richtigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Politik und der Ankurbelung von Investitionen in den EU-Regionen. Die Kohäsionspolitik investiert den Großteil der Mittel in weniger entwickelte Regionen und Länder, die in der Regel über ein weniger günstiges Unternehmensumfeld verfügen. Daher wird es von entscheidender Bedeutung sein, Verzögerungen und Kosten für die Unternehmen zu verringern, damit diese Regionen und Länder den Rückstand gegenüber der übrigen EU aufholen können.

Sowohl der 7. Kohäsionsbericht als auch der Bericht der Kommission über die Wettbewerbsfähigkeit in Regionen mit niedrigem Einkommen und geringem Wachstum haben die Notwendigkeit hervorgehoben, die öffentliche Verwaltung zu verbessern und Verfahren transparenter und effizienter zu gestalten. So ist beispielsweise die Einführung von



Online-Plattformen für die Registrierung sowie Dienstleistungen und Beratungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen besonders wichtig, um diese bei der Bewältigung administrativer Aufgaben zu unterstützen und Finanzmittelquellen sowie deren Zugang zu erkennen. Die Verkürzung der für die Baugenehmigung erforderlichen Zeit ist für Schlüsselinfrastrukturen von entscheidender Bedeutung.

Eine helfende Hand

Die Kommission arbeitet aktiv mit den EU-Mitgliedstaaten und -Regionen zusammen, um die Wirksamkeit öffentlicher Investitionen vor Ort zu verbessern und ihr Potenzial für mehr Wachstum und Beschäftigung voll auszuschöpfen. Gemeinsam mit der Weltbank wurde eine Reihe gemeinsamer Maßnahmen durchgeführt, die den Regionen, vor allem in Polen, der Slowakei und Kroatien helfen sollen, zu anderen aufzuschließen.

Anlässlich der Ergebnisse sagte Corina Crețu, Kommissarin für Regionalpolitik: „Die künftige Kohäsionspolitik für 2021-2027 wird die Mitgliedstaaten weiterhin bei ihren Bemühungen unterstützen, die Regionen der EU attraktiver zu machen und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen zu fördern.“

Dieser Bericht ist der zweite in einer Reihe von subnationalen Berichten, die von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Kommission finanziert werden. Die erste Serie, die 2017 veröffentlicht wurde, umfasste Städte in Bulgarien, Ungarn und Rumänien (Panorama 62, Seite 28). ■

MEHR DAZU

<https://bit.ly/2zHUK77>



Projekt Road Trip – Was für eine Reise!

Acht junge Menschen haben die Reise ihres Lebens beendet. Sie sind im Rahmen des Projekts Road Trip durch ganz Europa gereist, um von der EU unterstützte Projekte und Initiativen kennenzulernen. Dabei haben sie erfahren, dass es in Europa mehr zu entdecken gibt, als sie sich vorgestellt haben, und noch viel mehr, was uns verbindet.

Vier Monate lang reisten sie jeweils zu zweit auf vier Routen durch Europa: durch den Mittelmeerraum, entlang der Atlantikküste, durch das Baltikum und entlang der Donau. Sie reisten nonstop.

Aus acht Ländern und mit unterschiedlichem Hintergrund brachte jede und jeder Reisende eine einzigartige Perspektive

auf die einmonatige Reise mit. Sie durchquerten über 20 Länder, besuchten mehr als 50 Projekte, probierten erstaunliche lokale Gerichte, machten neue Erfahrungen und lernten unzählige neue Freunde kennen.

Bei einem abschließenden Treffen in Berlin hatten alle die Möglichkeit, ihre Erfahrungen auszutauschen und miteinander zu vergleichen, wie das Säubern des Mittelmeerraums von Müll, den Besuch eines Kunstzentrums in zwei Zeitzonen oder den Weg durch Baumkronen in Litauen.

Inspiziert Sie dies, Europa einmal selbst zu erkunden? Besuchen Sie dann die Road-Trip-Website. Alle Erfahrungen sind dort für uns alle in den Blogs und Videos der Reisenden festgehalten. ■

MEHR DAZU
<https://roadtripproject.eu/>

„Als ich an Europa dachte, dachte ich an eine blaue Flagge mit gelben Sternen, und im Grunde ist Europa nichts anderes als alle diese Länder zusammen. Ein Mosaik aus verschiedenen Menschen, die einander gleichen.“

Louis (21, Belgien, Mittelmeerroute)



„Der ständige Wandel der Landschaft, die Straßen, jeder neue Tag, jeder neue Freund, das sind die Dinge, die ich am meisten schätze ... Ich bin stolz darauf, aus Ecuador zu kommen, ich bin ich stolz darauf, in Litauen zu leben und jetzt bin ich stolz darauf, ein Europäer zu sein.“

Fabian (25, Ecuadorianer, der in Vilnius, Litauen lebt, Atlantikroute)

„Das Wesentliche des Road Trips war die Erkenntnis darüber, wie Menschen zusammenarbeiten können, wie verschiedene Länder kooperieren können. Wir können alle zusammenarbeiten und erfolgreich sein.“

Achilleas (22, Griechenland, Ostseeroute)



„Ich habe viel gelernt: über Europa, unsere Umwelt, über die Natur und die Menschen. Ich wurde inspiriert und berührt und ich hoffe, die Videos können dies ebenso gut vermitteln.“

Yldau (24, Niederlande, Atlantikroute)



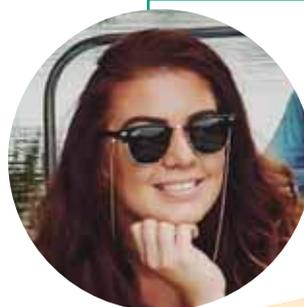
„Scheue Dich nicht davor, Menschen anzusprechen. Darum geht es letztlich, alle zu erreichen!“

Kenneth (20, Irland, Donauroute)



Ich habe so viel über mich selbst gelernt, wer ich bin, über verschiedene Länder und Kulturen, ihre Geschichte, was sie erlebt haben und was sie von der Zukunft erwarten.“

Susann (21, Estland, Donauroute)



„Wir dürfen alle diese Projekte nie vergessen, die wir besucht haben. Sie wurden von Menschen gestaltet, die die Gesellschaft verändern wollen.“

Luisa (26, Deutschland, Mittelmeerroute)

„Für mich geht es beim Road-Trip-Projekt darum, sich mit den Menschen zu verbinden, die wir unterwegs getroffen haben. Es geht auch ums Reisen und das Entdecken neuer Dinge.“

Luna (23, Spanien, Ostseeroute)

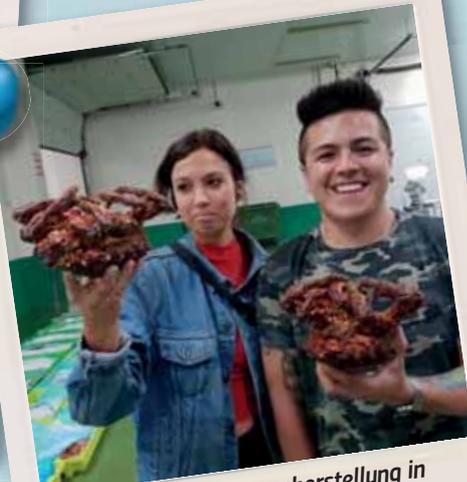




Rio-Andirrio-Brücke, Golf von Korinth, Griechenland



Echte finnische Fischer werden, Tornio, Finnland



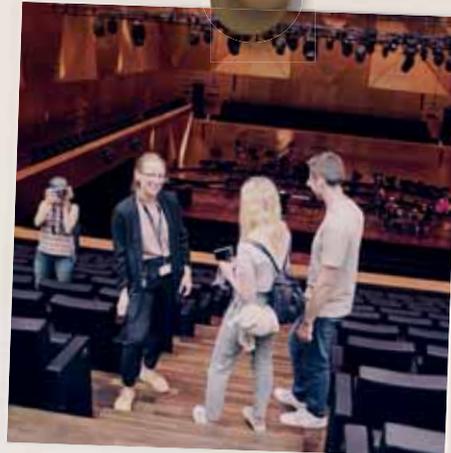
Artisanal Fischkonservenherstellung in Burela, Spanien



PlantCult, Thessaloniki, Griechenland



Vinovert: Weinprobe in Bordeaux, Frankreich



Neuer Konzertsaal in Stettin, Polen



Gabarage: das das coolste Designhaus in Wien, Österreich



Andere Baustelle, Suche nach einem alternativen Karriereweg in Ulm, Deutschland



Yldau und Fabian



Louis und Luisa



Kenneth und Susann



Achilleas und Luna

ATLANTIC

19. Mai - 16. Juni

BALTIC

28. Juli - 25. August

DANUBE

23. Juni - 21. Juli

MEDITERRANEAN

14. April - 12. Mai

EU IN
MY REGION

Geschichte der EU-finanzierten Projekte

Krankenhaus in Kalisz, Polen: positive Effekte der Thermomodernisierung – Andrzej Kurzynski

#EuinmyRegion hat es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, Tausende von EU-finanzierten Projekten zu entdecken und in Blogs und Fotowettbewerben Geschichten über sie zu erzählen.

Der beste Weg, Informationen über die Auswirkungen von EU-Projekten und -Programmen zu verbreiten, besteht darin, die Menschen sie in ihrer persönlichen Umgebung entdecken zu lassen. Darum geht es bei #EuinmyRegion: eine Chance, zu lernen, sich zu beteiligen und dabei zu gewinnen.

Die Kampagne umfasst vier Initiativen: die offenen EU-Projektstage, einen Blogging-Wettbewerb, einen Fotowettbewerb und ein Online-Quiz. Diese Aktivitäten ermutigen die Bürger, EU-finanzierte Projekte zu entdecken und Bilder, Blogbeiträge, Videos und Erfahrungen über sie in den sozialen Medien auszutauschen.

Offene Projektstage und Blogs

Dieses Jahr fanden die offenen EU-Projektstage hauptsächlich im Mai statt. Die Begünstigten, die von EU-Mitteln profitiert haben, begrüßten Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern an ihren Projektstandorten an über 2.000 Orten überall in der Europäischen Union.

Der Blogging-Wettbewerb ermutigte zu Geschichten über EU-kofinanzierte Projekte – Blog-Beiträge oder Videos – in

jeder EU-Sprache.. Aus den 120 eingereichten Beiträgen wählte die Jury drei Gewinner aus: Radu Dumitrescu aus Rumänien für einen persönlichen Bericht über das Erasmus+-Projekt Europäische Jugendwochen, Amaury Bisiaux aus Frankreich über die Reise mit dem Zug durch Europa und der dabei die neue #DiscoverEU-Initiative beschrieb sowie Maria Giner Soler aus Spanien für Berichte über innovative KMU, die durch regionale Mittel unterstützt werden.

Die Gewinnerin und die Gewinner erhalten im Oktober 2018 in Brüssel einen dreiwöchigen EU-Kommunikationskurs.

Quiz und Fotos



Schließlich erhielten acht glückliche Gewinner des Online-Quiz über europäische Kultur und Traditionen jeweils einen Korb mit europäischen Delikatessen.

Der Fotowettbewerb zielte darauf ab, die Aufmerksamkeit auf wichtige Investitionen durch die Europäische Union in europäische Regionen zu lenken. Für den Wettbewerb mussten die Teilnehmenden ein Foto von einem EU-kofinanzierten Projekt aufnehmen und einsenden. Ausgehend von der ästhetischen Qualität, Kreativität und Relevanz in Bezug auf das Thema des Wettbewerbs wählte die Jury unter den 530 eingereichten Fotos 30 Gewinnerfotos aus.

Die Gewinnerinnen und Gewinner sind:

- Florian Juritsch
- Fabrice Serodes
- Lyubomila Dimitrova
- Sophie Pedrosa
- Emmanuel Lemaigen
- Marjorie Baque
- Adrien Staquet und Sophie Balzing
- Michael Lamla
- Michail Amoiridis
- Carmela Gioia
- Filippo Cioffi
- Giovanni Sogari
- Giuseppe Pignotti und Margherita Maggi
- Aigars Ievins
- Alex Kaousche
- Bram Gesink
- Adrian Krać
- Andrzej Kurzynski
- Karolina Nawrot und Michał Szkudlarek
- Eduardo Ventura und Hugo Alexandre dos Santos Couto
- Maria Gabriela Riglea und Vasile Stoica
- Marek Vcelka
- Susanna Včelková und Patrik Vaclavik
- Zane Sime

Die Bilder wurden in einer Ausstellung zusammengestellt, die durch Europa reist. Den Anfang macht Brüssel während der Europäischen Woche der Regionen und Städte im Oktober 2018. ■



Port de Vilanova i la Geltrú, Spanien: Fischer beim Reinigen seiner Hummerreue und des Boots – Sophie Pedrosa



Hochöfen Belval, Luxemburg – Alex Kaousche



Sternspur hinter Trockensilos in der Barreiro/Moita Kläranlage, Portugal – Eduardo Ventura

MEHR DAZU

www.euinmyregion.eu

YOUTH4MEDIA

Das Medienprogramm Youth4Regions unterstützt die Entwicklung des journalistischen Nachwuchses im Bereich der Regionalpolitik. Sie ermutigt die jungen Europäer, über EU-finanzierte Projekte zu kommunizieren.



Eine große Chance für die jüngere Generation

Im Folgenden präsentieren wir den ersten von vier Gewinnertexten des YOUTH4MEDIA Blogging-Wettbewerbs für junge Journalistinnen und Journalisten.



Mit einer Einwohnerzahl von 437 000 ist Kirklees in West Yorkshire im Norden Englands der elftgrößte kommunale Regierungsbezirk Großbritanniens. Der Bezirk hat in den letzten zehn Jahren mindestens 20 Mio. GBP (rund 22 Mio. EUR) erhalten, hauptsächlich aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), um die Schaffung von Arbeitsplätzen, Innovationen und Projekte für junge Unternehmer zu unterstützen.

Mit EFRE wurden 1,8 Mio. GBP in die Umwandlung eines ehemaligen Gaswerks im Bretton Business Park in Dewsbury investiert, der wiederum rund 130 neue Arbeitsplätze und viele florierende neue Unternehmen ermöglichte.

Das beliebteste und erfolgreichste Projekt war das Kirklees Youth Enterprise Centre (KYEC), das ebenfalls teilweise aus dem EFRE-Programm 2007-2013 finanziert wird. Das Zentrum, das in der Huddersfield Creative and Media Studio School eingerichtet wurde, erhielt über 4,9 Mio. Pfund, um Schülerinnen und Schülern im Alter von 14-19 Jahren die notwendigen Fähigkeiten und finanzielle Unterstützung zur Gründung eigener Unternehmen zu vermitteln.

» Der EFRE hat zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Gründung von Unternehmen in der Region Kirklees beigetragen ... wie sieht aber die Zukunft angesichts des bevorstehenden Brexit aus? «

Die Studierenden haben gelernt, wie man einen Geschäftsplan schreibt und ein eigenes Unternehmen gründet. Die Schule betrieb auch mehrere „Testunternehmen“, um Erfahrungen mit dem Umgang mit echten Kunden und echten Problemen zu ermöglichen. Ihr Ziel war es, einen überzeugenden Geschäftsplan zu entwickeln und diesen vor einem Gremium von Geschäftsexperten zu präsentieren. Wenn ihre Pläne gut waren, hatten sie die Chance, einen Zuschuss von 5 000 GBP zu erhalten, um damit die Gründung eines eigenen Unternehmens zu erleichtern, unterstützt von einem Unternehmensberater und Mentor.

Bislang hat dieses Programm 67 jungen Menschen dabei geholfen, ein Unternehmen in der Region Kirklees zu gründen. Eine dieser Unternehmerinnen ist Zoe Ann, die an der University of Huddersfield Fotografie studierte, weil sie schon immer Hochzeitsfotografin werden wollte. Noch während ihres Studiums gründete sie mit 18 Jahren ihr Unternehmen mit Hilfe des KYEC. Sie schloss ihr Studium 2017 ab und arbeitete dann Vollzeit in ihrer eigenen Firma, wobei sie das Wissen und die Unterstützung aus dem Programm nutzen konnte.

Max Lockwood sorgte 2015 in der Presse in Yorkshire für Schlagzeilen, als sein Geschäftsplan mit einem Zuschuss belohnt wurde. Der junge Unternehmer mit Down-Syndrom gründete OUR T-SHIRT mit dem Ziel, das Bewusstsein für seine genetischen Bedingungen zu steigern. Einige dieser T-Shirt-Designs basieren auf dem Chromosom 21, eines davon zeigt



Maria Ward-Brennan ist 21 und kommt aus Carrickmacross, County Monaghan in der Republik Irland. Sie befindet sich derzeit im letzten Jahr eines Journalismusstudiums an der University of Huddersfield in West Yorkshire, Großbritannien. Zu ihren Interessen zählen Reisen, Lesen und Politik und sie hofft, in Zukunft nach Frankreich ziehen zu können.

eine Tastatur mit 20 schwarzen und einer roten Taste. Er bedruckt auch T-Shirts mit Motiven oder Bildern seiner Kunden.

Der EFRE hat zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Gründung von Unternehmen im Raum Kirklees und im gesamten Vereinigten Königreich beigetragen und bietet jungen Menschen damit eine einmalige Gelegenheit. Wie sieht aber die Zukunft angesichts des bevorstehenden Brexit aus? Da die EU-Finanzierung im März 2019 ausläuft, gibt es derzeit keine klaren Vorstellungen davon, woher dann die Mittel für neue Unternehmen kommen könnten.

Wer wird Innovationsmöglichkeiten so finanzieren, wie sie das KYEC-Programm bietet? Niemand scheint zu wissen, wie die Zukunft für die lokalen Unternehmen in der Region Kirklees aussehen wird, die bald ohne europäische Mittel auskommen müssen. ■



Die Städteagenda für die EU

Die Städteagenda für die EU ist ein europäischer integrierter und koordinierter Ansatz für städtische Fragen, an dem Akteure auf EU-Ebene, nationaler und regionaler Ebene beteiligt sind.

Die Städteagenda¹ wurde im Mai 2016 durch den Vertrag von Amsterdam aus der Taufe gehoben². In diesem Gründungsdokument haben sich die für städtische Angelegenheiten zuständigen Ministerinnen und Minister darauf geeinigt, sich auf drei Säulen der EU-Politikgestaltung und -Umsetzung zu konzentrieren: bessere Rechtsetzung, bessere Finanzierung und mehr Wissen.

Die Initiative, die auf den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit basiert, hat **städtische, regionale, nationale und europäische Behörden und Interessengruppen aus ganz Europa mit einem Ziel versammelt**: gemeinsame Antworten auf die wachsende Zahl städtischer Herausforderungen zu finden.

Seit der Einführung der UA haben sich **zwölf Partnerschaften**³ gebildet: Partnerschaften zur Einbeziehung von Migranten und Flüchtlingen, zur Luftqualität, zu Wohnraum und städtischer Armut haben 2016 mit der Initiative begonnen. Die meisten setzen derzeit ihre Aktionspläne um. Die 2017 gegründeten Unternehmen, die sich mit dem digitalen Wandel, der Kreislaufwirtschaft, der städtischen Mobilität sowie mit Arbeitsplätzen und Fähigkeiten in der Wirtschaft vor Ort befassen, haben auch konkrete Vorschläge in Form von Aktionsplänen (oder Entwürfen für Aktionspläne) gemacht, die derzeit umgesetzt oder verfeinert werden.

Die jüngsten Partnerschaften, die sich mit den Themen Energiewende, Anpassung an den Klimawandel, innovative und verantwortungsvolle Vergabe öffentlicher Aufträge sowie mit nachhaltigen land- und naturwirtschaftlichen Lösungen

befassen, sind im Sommer 2017 der Städteagenda-Gemeinschaft beigetreten und arbeiten derzeit an Entwürfen von Aktionsplänen, die voraussichtlich im nächsten Jahr abgeschlossen werden. **Alle Partnerschaften wurden von der Öffentlichkeit** bei der Ausarbeitung dieser Aktionspläne beraten und sie haben sie vor ihrer Fertigstellung und Anerkennung durch die Mitgliedstaaten zur Online-Rückmeldung eingereicht.

Die Städteagenda für die EU weiß, **wie wichtig es ist, sich zu engagieren**. Die Kommunikation mit der Öffentlichkeit erfolgt daher nicht nur über öffentliche Umfragen, sondern auch über eine eigene Website, Twitter, E-Mail, einen Newsletter und Partnerschaftsveranstaltungen.

Die bevorstehende Europäische Woche der Regionen und Städte ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die Städteagenda die Öffentlichkeit erreicht: Auf der diesjährigen Veranstaltung können die Besucherinnen und Besucher darüber mehr in der Städtecke erfahren, die in Zusammenarbeit mit EUROCITIES, der Gemeinsamen Forschungsstelle, URBACT, innovativen Maßnahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung und URBIS ausgerichtet wird. Spiele, Präsentationen, Vernetzung und Erlebnisse der Virtuellen Realität zeigen einige der vielen Ideen, mit denen die **Lebensqualität in städtischen Gebieten verbessert** werden kann. ■

MEHR DAZU

<http://www.urbanagendaforthe.eu>

Twitter: @EUUrbanAgenda

E-Mail: UA.communication@ecorys.com

¹ Siehe Panorama Nr. 58, Seite 4: <http://ec.europa.eu/!xN38Yu>

² <https://ec.europa.eu/futurium/en/content/pact-amsterdam>

³ <https://ec.europa.eu/futurium/en/urban-agenda>

DER ZEITRAHMEN FÜR EINE PARTNERSCHAFT (ETWA DREI JAHRE)



„Die Städteagenda ist ein integratives, partizipatives Instrument für ein **besseres Europa**. Sie ist von unten nach oben aufgebaut und verleiht **den Städten eine Stimme**, damit von dort aus ein **direkter Dialog mit den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission** (...)

aufgebaut werden kann, um die eigenen Bedürfnisse als Teil eines experimentellen Prozesses frei ausdrücken zu können. Dies ist interessant und herausfordernd zugleich, da mittlere und kleine Städte wahrscheinlich nicht daran gewöhnt sind, für die EU zu arbeiten (...), aber darin liegt eine große Chance, (...) Teil dieses neuen Mechanismus zu sein, Initiativen zu ergreifen, die auf eine gemeinsame Vision für eine neue Strategie zur Mitgestaltung eines neuen städtischen Bereichs hinarbeiten, die in der Lage ist, sich mit einem größeren Bewusstsein mit vorrangigen Themen zu befassen“.

Stefania Manca

Koordinatorin der Partnerschaft zur Anpassung an den Klimawandel



„Die von uns vorgestellten Maßnahmen sind konkrete Maßnahmen für Städte, in denen Abfälle als Ressourcen mit einem dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Wert verstanden werden. Städte, deren urbane Ressourcenzentren soziale und wirtschaftliche Knotenpunkte sind, an denen sich Anwohnerinnen und Anwohner mit Unternehmen treffen und so gemeinsam am Kreislaufmanagement mitwirken. Die europäischen Rechtsvorschriften sind für Kommunalbehörden, Unternehmen und Investoren ein Anlass, alle Arten von Abfällen und auch Wasser optimal zu nutzen. (...) Es gibt auch verschiedene Tools, mit denen Städte auf ihrem Weg durch verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten geführt werden und mit denen Geldgeber unterstützt werden, die ihre Mittel für Investitionen in die Kreislaufwirtschaft einsetzen möchten.“

Håkon Jentoft

Koordinator der Partnerschaft für Kreislaufwirtschaft

DIE URBAN ACADEMY FÜR INTEGRATION

Die Urban Academy für Integration⁴ ist eine der ersten Maßnahmen, die umgesetzt werden. Sie wurde von der Partnerschaft zur Integration von Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen entwickelt und soll als europäisches strategisches Lernumfeld für Personen aus der Praxis und Politik dienen, die vor Ort, auf regionaler und nationaler Ebene für die Integration arbeiten, und die Möglichkeit bieten, Netzwerke aufzubauen, die sich auf ähnliche Integrationsfragen in ganz Europa richten. Die erste Ausgabe, die am 16. und 18. April 2018 in Brüssel stattfand, war ein Erfolg. Eine zweite Ausgabe wird im Frühjahr 2019 stattfinden.



„Wir möchten auch Städte außerhalb unserer Partnerschaft erreichen, indem sie an Treffen der Koordinatoren, Netzwerksitzungen und auch an externen Veranstaltungen wie dem Procura+-Seminar in Oslo Anfang des Jahres oder der kommenden Europäischen Woche der Regionen und Städte im Oktober in Brüssel teilnehmen.“

Valentina Schippers-Opejko

Koordinatorin der Partnerschaft für innovative und verantwortungsvolle Vergabe öffentlicher Aufträge

⁴ <https://europa.eu/qM49GV>

Integration für Innovationen

Das EUROCITIES-Netz umfasst über 140 der größten Städte Europas und mehr als 40 Partnerstädte. EUROCITIES-Politikberater Marton Matko bewertet die jüngsten Maßnahmen der Kommission zur Städtepolitik.



Sie sind an mehreren Partnerschaften für die Städteagenda beteiligt. Welche nächsten Schritte sind wichtig, um Städte stärker in die Gestaltung und Umsetzung der Städtepolitik einzubeziehen?

EUROCITIES setzt sich für die Unterstützung der Städteagenda für die EU ein. Es ist ein entscheidender Meilenstein auf dem Weg zu einem umfassenderen und praktischeren Ansatz für städtische Angelegenheiten in Europa.

Zum ersten Mal stehen die Städte im Dialog mit den nationalen Regierungen und Vertretungen der Europäischen Kommission, um eine Politik sowie entsprechende Programme für städtische Herausforderungen besser in die Praxis umzusetzen. In den Partnerschaften werden konkrete Vorschläge zur Verbesserung von Regulierungen, Finanzierung-

gen und des Wissens über gemeinsame EU-Prioritäten, wie Luftqualität, Abfallwiederverwertung, Klimaschutz oder Flüchtlingsintegration erarbeitet.

Auf der HABITAT-III-Konferenz hat sich die EU verpflichtet, die Agenda als ihren Beitrag zur Neuen Städteagenda der Vereinten Nationen umzusetzen. Wir sind davon überzeugt, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen eine gemeinsame Verantwortung dafür tragen, die Initiative besser zu gestalten und zu unterstützen und damit nützliche und greifbare Ergebnisse zu erzielen.

Ein nächster Schritt wäre die Übernahme der Vorgehensweise in einem nationalen Kontext. Einige Mitgliedstaaten und Regionen testen solche Initiativen, aber die Vorgehensweise kann auch umfassender angewendet werden, beispielsweise für die Planung der Kohäsionspolitik.

Welches sind die wichtigsten Verbesserungen des neuen kohäsionspolitischen Rahmens im Hinblick auf die Förderung eines wirklich integrierten ortsbezogenen Ansatzes?

Wir begrüßen, dass die Vorschläge der Kommission für den neuen kohäsionspolitischen Rahmen viele der Empfehlungen der hochrangigen Gruppe zur Vereinfachung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds widerspiegeln. Neben der Entlastung der Begünstigten wird die Verwaltung der Mittel erheblich stringenter organisiert, was eine schnellere Verfügbarkeit und Umsetzung ermöglichen soll.

Wir freuen uns auch über die Idee einer vorläufigen Neuprogrammierung, um besser auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Außerdem erwar-

» *Der integrierte Ansatz ist kein abstraktes Konzept. In Wirklichkeit leben die Menschen ja in Stadtvierteln, Kleinstädten oder entlegenen Dörfern und nicht in Politiksilos.* «

ten wir, dass die Mitgliedstaaten die Flexibilität schätzen werden, die das neue politische Ziel der integrierten territorialen Entwicklung bietet. Wir sind jedoch sehr daran interessiert, dass die Städte und Gemeinden stärker in die Gestaltung der Programmschwerpunkte einbezogen werden.

Was fehlt bei der städtischen Dimension der vorgeschlagenen Kohäsionspolitik für die Zeit nach 2020 am meisten?

Wir machen uns Sorgen über einige Änderungen, die einem integrierten, ortsbezogenen Ansatz widersprechen könnten. Abgesehen vom Wegfall des Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums hat uns sehr enttäuscht, dass der Europäische Sozialfonds Plus den integrierten territorialen Ansatz völlig aufzugeben scheint.

Dies würde es den Städten äußerst schwer machen, komplexe Programme aufzulegen, die sowohl Gebäude als auch Dienstleistungen umfassen, wie beispielsweise die Förderung der sozialen Integration und der Integrationsarbeit in benachteiligten Stadtvierteln. EUROCITIES schlägt Änderungen sowohl der gemeinsamen Vorgaben als auch der ESF+-Verordnungen vor, die eine leichtere Kombination der Mittel ermöglichen und integrierte städtische und territoriale Strategien unterstützen könnten.

Außerdem wünschen wir uns Regeln für die thematische Konzentration, um die Städte in einem integrierten Ansatz besser bei der Bewältigung urbaner Herausforderungen unterstützen zu können. Wir schlagen vor, den Schwerpunkt verstärkt auf Klima- und Umweltinvestitionen zu legen, zu denen auch eine nachhaltige städtische Mobilität gehören sollte.

Gleichzeitig fordern wir mehr Flexibilität bei der Auswahl der anderen politischen

Ziele und eine leichte Herabsetzung allgemeiner Hürden. Die Städte nutzen die Kohäsionspolitik für Innovationen im Rahmen aller politischen Ziele, beispielsweise durch den Einsatz digitaler Technologien zur Verbesserung des Zugangs zu Mobilität und Sozialdiensten.

Tatsächlich wünschen wir uns noch mehr Ehrgeiz bei Innovationen in der Stadtverwaltung. Ein großer Teil der Kohäsionspolitik wird in Städten und Vororten investiert. Rund 8% des EFRE werden jedoch nach einer innovativen Vorgehensweise investiert, die auf umfassenden Strategien basiert, die von den Stadtverwaltungen zusammen mit zahlreichen weiteren Akteuren vor Ort ausgearbeitet und umgesetzt werden. Diese Methode trägt bereits Früchte. Die städtischen Vertreter haben ihre Arbeit in bereichsübergreifenden Teams unter Einbeziehung der lokalen Gemeinschaften aufgenommen, während die Kernstädte und Nachbarstädte nun zum Vorteil der gesamten Region zusammenarbeiten.

Dies ist wahrscheinlich eine der wichtigsten systemischen Innovationen der Kohäsionspolitik. Daher schlagen wir vor, die Mittelzuweisung für die nachhaltige Stadtentwicklung von 6 auf 10% des EFRE zu erhöhen und auf den ESF+ auszudehnen.

Die Kommission schlägt vor, den Städten ab 2020 eine kohärente Unterstützung anzubieten. Welche Pläne hat EUROCITIES für den Beitrag zu Europäischen Städteinitiative? Warum ist es so wichtig, dass die Städte ihre Herausforderungen in einem integrierten Ansatz angehen?

Der integrierte Ansatz ist kein abstraktes Konzept. In Wirklichkeit leben die Menschen ja in Stadtvierteln, Kleinstädten oder entlegenen Dörfern und nicht in Politiksilos. Die Unterstützung benachteiligter Viertel zu lebenswerteren Stadt-

teilen erfordert die Zusammenarbeit verschiedener städtischer Einrichtungen für Wohnen, Sozialwesen, Infrastruktur, Mobilität und Umweltschutz.

Die Städte erproben ständig neue Wege der Zusammenarbeit und der Einbindung der Einwohnerinnen und Einwohner in gemeinsame kreative Lösungsmodelle. Wir müssen den Vertreterinnen und Vertretern vor Ort die richtigen Fähigkeiten vermitteln und Experimente unterstützen, um dieses Innovationspotenzial zu steigern. URBACT und innovative Maßnahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung haben in diesem Bereich viel erreicht und sollten verstärkt werden. Die Europäische Städteinitiative könnte die Synergien zwischen diesen Programmen stärken und eine dringend benötigte Verbindung zu zentralen kohäsionspolitischen Maßnahmen herstellen.

Es sei daran erinnert, dass eine bessere Koordinierung der EU-Instrumente eines der Hauptziele der Städteagenda für die EU ist. EUROCITIES ist sehr daran interessiert, gemeinsam mit der GD REGIO zu erarbeiten, wie wir am besten dazu beitragen können, die Europäische Städteinitiative für die Städte nützlicher zu machen. Wir unterstützen alle praktischen Verbesserungen, die der Kohäsionspolitik helfen, Europa den Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen. ■



MEHR DAZU
www.eurocities.eu



Yokohama, Japan

Für eine nachhaltigere Zukunft Beziehungen zwischen Städten aufbauen

Ronald Hall, hochrangiger externer Sachverständiger und ehemaliger Hauptberater der GD REGIO, schildert seine persönliche Sicht auf das EU-Programm für Internationale Städtezusammenarbeit.

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute in Städten. Städtische Zentren sind Quelle des Wachstums und der Entwicklung. Damit ziehen sie Landbewohner an, die nach Möglichkeiten suchen, ein höheres Einkommen zu erzielen, Zugang zu hochwertigen Leistungen wie Bildung und Gesundheitsvorsorge zu erhalten und für ihre Kinder eine bessere Zukunft zu sichern.

Diese Verlagerung von Tätigkeiten mit niedriger Produktivität auf dem Land (in erster Linie in der traditionellen Landwirtschaft) hin zu Tätigkeiten mit höherem Mehrwert in der verarbeitenden Industrie und zahlreichen Dienstleistungssektoren in Städten ist für das Wirtschaftswachstum entscheidend. Im Laufe der Geschichte haben alle hochentwickelten Länder der Welt diesen Weg eingeschlagen – er entspricht als solcher dem Modell, dem faktisch die Schwellenländer rund um den Globus folgen.

Die Vorteile der Verstädterung, die sich insbesondere aus dem ressourcenintensiven Stadtentwicklungsmodell ergeben haben,

das das Wachstum der Industrienationen im 20. Jahrhundert geprägt hat, haben ihren Preis. Die Verstädterung hat zu einer Erschöpfung der natürlichen Ressourcen – und der Natur selbst – sowie zur Verschmutzung der Luft, der Flüsse und Ozeane geführt, die nun die Lebensqualität in den Metropolen der entwickelten Welt gefährdet.

Für die Entwicklungs- und Schwellenländer, in denen Verstädterung und Wirtschaftswachstum Hand in Hand gehen, ist es wichtig, die Erkenntnisse der industrialisierten Welt vollständig zu verstehen. Dazu haben nationale und städtische Behörden in den vergangenen Jahrzehnten bewährte Verfahren entwickelt, sodass die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden, bei der Stadtentwicklung in Schwellenländern Berücksichtigung finden können.

Auf der Suche nach dem gegenseitigen Vorteil

Derartige Kooperationen schaffen Win-Win-Situationen. Während es von den Industrienationen nach rund einem Jahrhundert der Verstädterung viel zu lernen gibt, trifft gleichermaßen zu, dass die Schwellenländer – vielleicht weil sie weniger von Traditionen gelähmt werden – zahlreiche innovative Lösungen mit den Industriestaaten teilen können. Tatsächlich sind einige der weltweit größten städtischen Zentren in den aufstrebenden Wirtschaftssystemen etwa in China und Indien sowie in Lateinamerika zu finden.

Die Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission hat 14 regionale und städtische politische Dialoge formalisiert, einschließlich sechs „strategischer Partner“ der EU (China, Russland, Brasilien, Mexiko, Japan und Indien) sowie der Länder der Östlichen Partnerschaft (Ukraine, Moldau, Georgien) und lateinamerikanischer Länder (Argentinien, Chile, Peru, Kolumbien) und des zentralamerikanischen Integrationssystems (SICA).

Auch ohne derartige Vereinbarungen sind Kooperationen mit anderen strategischen Partnern entstanden, etwa mit Kanada und Südafrika, sowie regionale Zusammenschlüsse wie CARICOM (Karibische Gemeinschaft), ASEAN (Asien), SACU (Südafrika) und UEMOA (Westafrika).

Vielleicht entspringt das überwältigende Bedürfnis nach Zusammenarbeit und Wissensaustausch dem gemeinsamen Interesse von Ländern und Kontinenten, die Erde an sich zu retten. Es ist dringend notwendig, dass gemeinsam ein Verstärkungsmodell entwickelt wird, das nachhaltig ist, die Natur und natürliche Ressourcen schützt und die Emissionen verringert, die unsere Städte verschmutzen, der Gesundheit unserer Kinder schaden und zur Erderwärmung beitragen. Aus diesem Grund ist die nachhaltige Verstärkung für die von den Vereinten Nationen angenommenen Ziele für nachhaltige Entwicklung essenziell, die wiederum unter anderem dazu geführt haben, dass 2016 von mehr als 170 Ländern in Quito, Ecuador, die Neue Städteagenda verabschiedet wurde.

Die EU nimmt die Herausforderung der nachhaltigen Verstärkung sehr ernst. Die Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu, die die EU 2016 in Quito vertrat, verpflichtete die EU dazu, Wissen und Ressourcen zur Förderung der Neuen Städteagenda einzusetzen. Dies hat einerseits eine interne Dimension innerhalb der EU in Form der EU-Städteagenda, die entwickelt wurde, um die Stadtentwicklungsprogramme in den 28 Mitgliedstaaten zu lenken. Andererseits gibt es, wie unten erwähnt, durch die diplomatischen Beziehungen der EU mit Nicht-EU-Ländern eine externe Dimension.

Eine Kraft für nachhaltige Stadtentwicklung

Das wichtigste Instrument, um die externe Dimension heute voranzubringen, ist das **Programm für internationale Städtezusammenarbeit (IUC-Programm) (2017-2019)**. Es verfügt über eine wesentliche Komponente, die städtische Behörden von EU- und Nicht-EU-Ländern darin unterstützt, bei Themen der nachhaltigen Stadtentwicklung zusammenzuarbeiten. Das IUC-Programm basiert auf fünf Jahre lang durchgeführten Pilotmaßnahmen, insbesondere im Rahmen des **Weltstädte**-Projekts und des **URBELAC**-Projekts der EU.



Kommissarin für Regionalpolitik, Corina Crețu, während eines kürzlichen Besuchs in China

Das IUC-Programm baut Plattformen für städtische Kooperationen mit China, Indien, Japan, Lateinamerika und Nordamerika auf. Es ist ein Zeichen dafür, dass die EU-Politik zur Förderung internationaler Zusammenarbeit zwischen Städten herangereift ist. Im Rahmen des IUC-Programms schließen rund 70 teilnehmende Städte auf beiden Seiten neue Vereinbarungen über städtische Kooperationen für nachhaltige Stadtentwicklung. Dazu gehört auch die Erstellung lokaler Aktionspläne für integrierte Stadtentwicklung. Grundsätzlich wird die Zusammenarbeit in den Sektoren der EU-Städteagenda und der Neuen Städteagenda in diesen Plänen priorisiert.

Ausgehend von den Erfahrungen aus dem Weltstädte-Projekt nutzen die Städte einen Ansatz, der verschiedene Interessenträger umfasst, und wenden das Wissen und die Erfahrungen von Behörden, der Wirtschaft, der Forschungsgemeinschaft

Im Rahmen des Weltstädte-Projekts (2015-2018) arbeiten EU-Städte mit Partnerstädten in Kanada, China, Indien, Japan, Südkorea, Indonesien, Vietnam, Australien und Südafrika zusammen. Die Städtepaare tauschen ihre Erfahrungen u. a. bei Themen wie intelligente Stadtentwicklung, Energieeffizienz, Abfallwirtschaft, nachhaltige Mobilität aus. Im Zuge von URBELAC (2011-2019), dessen vierte Ausgabe nun anläuft, unterstützen die Europäische Kommission und die Interamerikanische Entwicklungsbank ausgewählte Städte in der EU und in den lateinamerikanischen und karibischen Staaten (LAK). Durch das Projekt wurde ein EU-LAK-Netzwerk geschaffen, das den Erfahrungsaustausch, das Benchmarking und die Erstellung von Aktionsplänen fördert. Sowohl Weltstädte als auch URBELAC sind konkrete Ergebnisse der Unterstützung internationaler Diplomatie auf städtischer Ebene durch das Europäische Parlament.



Medellin, Kolumbien



Udaipur, Indien



Zhengzhou, China



Montreal, Kanada

» Es ist dringend notwendig, dass gemeinsam ein Verstärkermodell entwickelt wird, das nachhaltig ist, die Natur und natürliche Ressourcen schützt und die Emissionen verringert, die unsere Städte verschmutzen, der Gesundheit unserer Kinder schaden und zur Erderwärmung beitragen. «

und der Zivilgesellschaft an. Das rein europäische URBACT-Programm für städtische Netzwerkarbeit wird als wichtige Wissens- und Erfahrungsquelle genutzt, um die lokale Maßnahmenplanung zu unterstützen.

Dank dem IUC-Programm werden gemeinsame Pilotprojekte entwickelt. Um deren Zukunft langfristig zu sichern, unterzeichnen Behörden, Forschungsagenturen und Wirtschaftsvertreter auf beiden Seiten Absichtserklärungen.

Mit gutem Beispiel vorangehen

So wurde im Rahmen des IUC-Programms etwa die Stadt Parma (Italien) der Stadt Fredericton (Kanada) zugeordnet. Das Amt für Kulturerbe und Stadtentwicklung, Wachstum und Dienstleistungen für die Allgemeinheit der kanadischen Stadt arbeitet mit dem Gleichstellungsbüro und dem Büro für europäische Projekte in Parma zusammen. In der Absicht, die Demokratie lokal zu stärken, versuchen die beiden Parteien

die Hindernisse, die der politischen Teilhabe von Randgruppen im Wege stehen, und die Ursachen dieser Hindernisse zu identifizieren und erarbeiten mögliche politische Maßnahmen und Mechanismen, um sie zu beseitigen und ein stärker integrativ ausgerichtetes städtisches Umfeld zu schaffen.

Die italienische Stadt Bologna arbeitet gemeinsam mit Austin (USA) an verschiedenen Fragestellungen – von der Entwicklung eines gesünderen lokalen Ernährungssystems und der Verbesserung der Ressourceneffizienz bis hin zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel. Fragen der Stadtverwaltung stehen dabei ganz oben auf der Tagesordnung. So ist Austin zum Beispiel zum Schluss gekommen, dass das hiesige Nachhaltigkeitsbüro und das Büro für wirtschaftliche Entwicklung sich stärker abstimmen müssen.

Rotterdam (die Niederlande) arbeiten mit Surat (Indien) zusammen. Die Städte konzentrieren sich auf die Bekämpfung von Problemen mit der Wasserwirtschaft, zum Beispiel die Sicherung der Trinkwasserqualität, die Eindämmung der Wasserverschmutzung durch Industrieabwässer, Hochwasserschutz und die effektive Abwasseraufbereitung. Rotterdam ist für Surat ein sachkundiger Partner, der viel Erfahrung mit der Wasserwirtschaft hat. Für Rotterdam wiederum ist Surat eine Stadt, die mit viel größeren Problemen zu kämpfen hat. Dies hat in der niederländischen Stadt bereits ein Umdenken in Bezug auf ihre eigenen Herausforderungen angestoßen. ■

MEHR DAZU

<http://europa.eu/!Pr79bv>

<http://www.iuc.eu/>

<http://world-cities.eu/>



Christian Specht, Erster Bürgermeister der Stadt Mannheim

Mannheim, in Partnerschaft mit Chongqing im Rahmen des IUC

Welchen Mehrwert hat die Teilnahme Mannheims am IUC-Programm? Welche Ergebnisse sind für Sie am wichtigsten?

Durch die kontinuierliche Unterstützung des IUC-Teams und der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform (SKER) der Volksrepublik China hat eine effektive Zusammenarbeit, einschließlich Austauschbesuchen auf beiden Seiten, rasche Fortschritte in unseren Beziehungen mit Chongqing ermöglicht. Außerdem stieß das IUC auf großes Interesse an unserem Vorgehen gegenüber China, das von den Medien aufgegriffen wurde und Mannheim international bekannt machte. Erste Ergebnisse wie die geplante Inbetriebnahme der direkten Bahnverbindung zwischen Mannheim und Chongqing im Oktober 2018 sowie eine hochrangige internationale Konferenz in Zusammenarbeit mit dem Handelsblatt im Jahr 2019 sind wichtige Erfolge der Zusammenarbeit nach nur 16 Monaten Projektlaufzeit.

Welchen Platz hat die Stadt in der internationalen Zusammenarbeit? Glauben Sie an die Idee der „Städtediplomatie“?

Die Städte sind die Hauptakteure bei der Umsetzung neuer Ideen und damit auch bei der Verbesserung der Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger. Der internationale Austausch zwischen diesen zentralen Akteuren ermöglicht die Entwicklung innovativer Ideen und fungiert als Wissensmultiplikator. Wenn Städte an internationalen Strategien beteiligt sind, werden die erfolgten Maßnahmen tendenziell praktischer und lösungsorientierter, außerdem wird die Wahrscheinlichkeit, dass rein politische Interessen verfolgt werden, geringer. Vielleicht können die Regierungen der Städte und Regionen gerade in einer Zeit zunehmender antieuropäischer Stimmungen und wachsender nationalistischer Tendenzen eine Schlüsselrolle dabei spielen, Brücken zu bauen und Unzufriedenheit zu überwinden. Daher sollte meiner Meinung nach die Städtediplomatie zu einem integralen Bestandteil der Außenpolitik der Europäischen Union werden, auch bezüglich der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung.

Welchen Rat würden Sie dem Bürgermeister einer europäischen Stadt geben, der zum ersten Mal am IUC-Programm teilnehmen möchte?

Das IUC-Programm erwartet eine rasche Umsetzung und bietet zu diesem Zweck regelmäßige technische Hilfe, Beratung und finanzielle Unterstützung an. Außerdem haben wir im Falle Mannheims festgestellt, dass die hochrangige Unterstützung sowohl der Europäischen Kommission als auch der chinesischen Kommission SKER dazu geführt hat, dass wir direkten Zugang zu wichtigen Entscheidungsträgern und führenden Wirtschaftsvertretern bekommen, die allein durch die Initiative der Stadt viel schwieriger zu erreichen gewesen wäre. Daher empfehle ich dringend die Teilnahme am IUC-Programm, damit sich jede Stadtplanung stärker in die Weltwirtschaft einbringen kann, indem sie die internationale Zusammenarbeit in einer Weise fördert, die schnell zu messbaren Ergebnissen führt. Darüber hinaus empfehle ich, lokale Unternehmen und Forschungspartner von Anfang an einzubeziehen, da die meisten Aktionen und Ziele innerhalb unseres IUC-Projekts Ergebnisse eines Runden Tisches mit lokalen Unternehmen und chinesischen Partnern sind, der die jeweiligen Ziele und Interessen berücksichtigen konnte.



Litauen: Ein intelligenterer Weg zu regionalem Wachstum

Seit dem EU-Beitritt im Jahr 2004 hat Litauen erhebliche Verbesserungen für Handel und andere Unternehmensbereiche schaffen können, um den anspruchsvollen Standards der EU zu entsprechen. Nachdem EU-Investitionen dabei geholfen haben, Wachstum und Beschäftigung zu stärken, muss sich dieses Land im Übergang jetzt auch auf die Bereiche Wirtschaft und Bildung fokussieren, um die Wettbewerbsfähigkeit im In- und Ausland zu stärken.

Mit einer Fläche von 65 300 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von knapp unter drei Millionen Menschen ist Litauen die größte und südlichste der drei baltischen Republiken. Sie grenzt in Osteuropa an die Ostsee, an Lettland im Norden, Weißrussland im Süden und Osten, an Polen im Süden und an Russland (Exklave Kalinigrad) im Südwesten.

Mit vielen im Land verstreuten kleinen Seen und einem fruchtbaren Boden zählen zu den natürlichen Ressourcen des Landes Ackerland, Torf und Bernstein aus fossilisiertem Harz. In den Jahren der EU-Mitgliedschaft hat Litauen seine Exporte stark auf die EU-Märkte verlagert – mit bis zu 70% im Jahr 2017 für Waren litauischen Ursprungs. Dennoch verfolgt die Regierung eine öffentlichkeitswirksame Kampagne, um ausländische Investoren anzuziehen und die Exportmärkte weiterzuentwickeln.

Im Jahr 2017 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 3,9% und für 2018 wird ein Wachstum von 3,2% erwartet. Dank der günstigen geographischen Lage verfügt das Land über ein hochentwickeltes Verkehrsnetz, einen modernen Seehafen, ein florierendes IT-Netzwerk und gut ausgebildete, günstige Arbeitskräfte.

Litauens gut entwickelte Privatwirtschaft ist auf die Fertigungs- und Dienstleistungsindustrie ausgerichtet, einschließlich der Lebensmittel-, Erdöl- und Chemieindustrie, IT, Finanzdienstleistungen, Verkehr, Bauwesen, Forschung und Entwicklung sowie Tourismus.

Lernzuwachs

Mit einer Arbeitslosenquote von 7% im Jahr 2017 und einer Erwerbsbevölkerung von insgesamt 1,467 Mio. Menschen verbessern sich die Arbeitsmarktbedingungen weiter. Das Land hat eines der besten Bildungssysteme des Kontinents und entlässt nach Eurostar-Angaben den höchsten Anteil an Absolventen unter den 30- bis 34-Jährigen aus den Bildungseinrichtungen. Das Online-Studium ist sehr beliebt und fast alle jungen Berufstätigen sprechen Englisch.

Infrastruktur, eine unternehmensfreundliche Denkweise, ein wachsender Talentpool und Gehälter, die zu den niedrigsten in Europa zählen, sind insbesondere für ausländische Investoren sehr attraktiv. Litauen muss sich jedoch darauf konzentrieren, die Unternehmen dynamischer und wettbewerbsfähiger zu machen und das Bildungs- und Ausbildungssystem an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes anzupassen.

Im Jahr 2016 waren dies Litauens wichtigste Wirtschaftszweige: Groß- und Einzelhandel, Verkehr, Hotellerie und Gastronomie (32,2%); Industrie (22,1%); öffentliche Verwaltung, Militär, Bildung, Gesundheit und Sozialwesen (14,5%).

Hauptexportprodukt ist raffiniertes Erdöl, gefolgt von Düngemitteln, Weizen, Maschinen und Geräten, Chemikalien, Kunststoffe, Textilien und Lebensmittel. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt verfügt das Land über ein großes verarbeitendes Gewerbe, das hauptsächlich auf Branchen mit geringem bis mittlerem technischen Niveau basiert.

Der florierende IT-Sektor hat bereits einige der größten Technologieunternehmen im Baltikum angezogen, wobei IT, Lasertechnologien, Biotechnologie, Nanotechnologie und Materialwissenschaften eine wachsende Rolle in der Wirtschaft des Landes spielen.

Historisch gesehen hat die Landwirtschaft in Litauen immer eine wichtige soziale und wirtschaftliche Rolle gespielt und ist noch heute der zweitgrößte Wirtschaftssektor des Landes. Die Ackerflächen machen derzeit 60% der Gesamtfläche aus, die Forstwirtschaft 32% und 42% der Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten.

Nach dem EU-Beitritt im Jahr 2004 wurde der Sektor grundlegend reformiert, um die sehr hohen Lebensmittelsicherheitsstandards der EU zu erfüllen. Im Jahr 2016 machten Agrar- und Lebensmittelprodukte, darunter Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, Flachs, Gemüse, Rindfleisch, Milch, Eier, Schweinefleisch, Käse und Fisch, 19,4% der litauischen Exporte aus. Der biologische Landbau wächst ebenfalls, und das Land verfügt heute über die zweitgrößte entsprechend genutzte Fläche unter den baltischen Staaten. ➤



AUSWIRKUNGEN DER KOHÄSIONSPOLITISCHEN INVESTITIONEN IN LITAUEN



SCHNELLE ANNÄHERUNG AN DEN EU-DURCHSCHNITT: Litauen kletterte im Zeitraum 2004-2016 um 25 Prozentpunkte von rund **50%** des EU-Durchschnitts des BIP pro Kopf im Jahr 2004 auf **75%** im Jahr 2016. Diese Zahlen zeigen, dass das Land die Schwelle von den weniger entwickelten zu den Übergangsregionen erreicht hat. Ohne EU-Investitionen wäre das BIP pro Kopf um fast 4 Prozentpunkte geringer ausgefallen.



MINDERUNG DER NEGATIVEN AUSWIRKUNGEN DER FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE: EU-Mittel haben nicht nur zum BIP- und Beschäftigungswachstum beigetragen, sondern auch dazu, die negativen Auswirkungen der jüngsten Wirtschaftskrise abzumildern. Sie haben in diesem Zeitraum dazu beigetragen, die öffentlichen Investitionen auf einem angemessenen Stand zu halten (in den Jahren 2010-2012 machten die EU-Mittel fast **80% der gesamten öffentlichen Investitionen** in Litauen aus).



MEHR UND BESSERE JOBS: Im Jahr 2015 stieg die Beschäftigungsquote bei den 15- bis 64-Jährigen um rund 1,4 Prozentpunkte, während die Arbeitslosenquote im Durchschnitt um 2,3 Prozentpunkte niedriger war. Außerdem gelten 61% der geschaffenen Arbeitsplätze als qualitativ hochwertig oder sehr hochwertig (z. B. Arbeitsplätze, die eine höhere Qualifikation erfordern und eine höhere Wertschöpfung erzielen). Darüber hinaus gilt fast die Hälfte (47%) der geschaffenen Arbeitsplätze als dauerhaft.



DEUTLICHE VERBESSERUNG DES ZUGANGS VON KMU ZU FINANZIERUNGSMITTELN: EU-Mittel haben für die Finanzierung von KMU während der Wirtschaftskrise eine zentrale Rolle gespielt – und dadurch viele Unternehmen vor der Geschäftsaufgabe bewahrt. Etwa 60% der Kredite dienten der Unterstützung des Betriebskapitals, um die Unternehmen über Wasser zu halten. Mit EU-Mitteln wurden auch Investitionen in neue Technologien und eine Verbesserung der Produktionsprozesse aufrechterhalten. Im Programmplanungszeitraum 2007-2013 erhielten **11 000 KMU** Zugang zu Finanzierungsinvestitionen und **2 400 private Unternehmen** machten von von EU-Mitteln für Innovationen Gebrauch.



BESSERE UMWELTSTANDARDS: Eine beträchtliche Anzahl von Deponien, die nicht den EU-Normen entsprachen, wurden geschlossen, während die Menge der verwerteten Abfälle um über 10 Prozentpunkte gestiegen ist. Durch den Ausbau der Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsinfrastruktur sank der Anteil der Menschen, die nicht an das Abwasserbehandlungsnetz angeschlossen sind im Zeitraum von 2011-2015 um **24%**, während der Anteil der Menschen, die nicht an das Frischwasserversorgungsnetz angeschlossen sind, um **15%** zurückging.



BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES KLIMAWANDELS, INSBESONDERE BEI DER ENERGIEEFFIZIENZ: EU-Mittel sind die wichtigste Finanzierungsquelle für Energieeffizienzmaßnahmen in Mehrfamilienhäusern. Bis Ende 2015 waren 4,4% der vor 1993 gebauten Gebäude renoviert. Bis Ende 2014 konnte durch Energieeffizienzmaßnahmen in 5,4% an öffentlichen Gebäude **fast 3% des jährlichen Energieverbrauchs eingespart werden**.



SICHERSTELLUNG DES ZUGANGS ZU SEHR SCHNELLEM BREITBAND-INTERNET: EU-Mittel haben zum Aufbau der litauischen Breitband-Internetinfrastruktur beigetragen. Im Jahr 2012 konnten **97% des Landes mit Breitband-Internetverbindungen** versorgt werden, während 35% aller E-Services mit EU-Mitteln eingerichtet wurden.

INNOVATIVE LÖSUNG FÖRdert DAS POTENZIAL VON VISAGINAS



Visaginas ist immer noch eine Stadt, die viel zu bieten hat, auch wenn das Kernkraftwerk Ignalina als ehemaliger großer Arbeitgeber nicht mehr in Betrieb ist. Der Übergang von einer typischen monoindustriellen Stadt zu einem modernen regionalen Zentrum mit einem günstigen Geschäftsumfeld ist für die Wirtschaft der Stadt eine entscheidende Entwicklung.

Im Rahmen dieses Prozesses wird ein neuer Industriepark geschaffen, mit dem innovative Technologielösungen und Fertigungsinnovationen ermöglicht werden können. Im Projekt Smart Park Visaginas soll eine ehemalige Militärbasis in einen Standort für innovative Industrie verwandelt werden.

Das Projekt umfasst die Sanierung des Geländes sowie die Beseitigung beziehungsweise Reorganisation verfallener Gebäude und der Infrastruktur. Der so wiederhergestellte Standort wird kleine und mittlere Unternehmen sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekte beherbergen. Er soll so auch für große Investitionen in diesem Gebiet attraktiv werden.

So investiert Europas führender Hersteller von Medizinprodukten für Beatmungsgeräte 10 Mio. Euro in den Bau einer zweiten Produktionsstätte in Litauen. Das Unternehmen beabsichtigt, in der ersten Entwicklungsphase rund 200 Spezialisten für die Technik, die Fertigung sowie für Forschung und Entwicklung einzustellen.

Die Visaginas-Niederlassung des Unternehmens, das bereits Partnerschaften innerhalb der Stadt aufbaut, möchte die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den nächsten Jahren auf 1 000 erhöhen. Seit 2016 bildet es auch Mechatronikerinnen und Mechatroniker der örtlichen Berufsschule aus.

Für die Projektdurchführung wurden über 2,9 Mio. EUR eingesetzt, 1,3 Mio. EUR davon wurden von der EU bereitgestellt.

INTELLIGENTE ENTWICKLUNGEN AN DER UNIVERSITÄT KLAIPĖDA

Das Projekt „Development of the Marine Valley Nucleus and Renewal of Study Infrastructure (JURA), Stage II“ wurde an der Universität Klaipėda durchgeführt. Allgemeine und technologische Forschung und Entwicklung sowie eine innovative Infrastruktur werden in einem neuen wissenschaftlichen Laborgebäude mit Ausrüstung für Forschung und Entwicklung unterstützt, die zur Erneuerung und Entwicklung der entsprechenden Infrastruktur im Bereich einer intelligenten Spezialisierung beitragen.

Die aktuellste Infrastruktur für Forschung und Entwicklung wurde unter Nutzung der neu eingerichteten Labore für die Wissenschaft, die wirtschaftliche Nutzung der Forschung sowie für die Meeresumwelt und die technologische Meeresforschung im Rahmen der experimentellen (technologischen) Entwicklung in den Bereichen Biomedizin, Physik und Ingenieurwesen.

Zu den Ergebnissen des Projekts gehören die Schaffung von 80 allgemeinen Arbeitsplätzen in der wissenschaftlichen Forschung innerhalb der neuen Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur und die Einrichtung von vier wissenschaftlichen Labors, von denen drei vollständig ausgestattet sind. Insgesamt hat das Projekt die Forschungstätigkeiten verstärkt und neue Kooperationsvereinbarungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich mit anderen Wirtschaftsbereichen wie Forschungseinrichtungen und Unternehmen angeregt, wodurch die wirtschaftliche Nutzung der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse gefördert wird.

Das Projekt wurde aus dem EU-Strukturfonds und dem Staatshaushalt finanziert.



BÜNDELUNG DER KOMPETENZEN IM VILNIUS JOINT LIFE SCIENCES CENTER



In der litauischen Hauptstadt wurde ein modernes Zentrum für Forschung, Studien und technologische Entwicklung in den Bereichen Biotechnologie und Molekularmedizin eingerichtet. Jährlich stehen Forschungseinrichtungen für über 200 Forschende, über 160 Doktorandinnen und Doktoranden, etwa 80 Technikerinnen und Techniker und etwa 300 Studierende, die an ihrem Bachelor- und Master-Abschluss arbeiten, zur Verfügung. Es beinhaltet auch einen „Bioinkubator“, in dem sich Start-ups zusammen mit Studierenden und Forschenden niedergelassen haben.

Die Einrichtung ist zu einem Beispiel

für eine neue Art der Zusammenarbeit auf mehreren Ebenen zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen geworden. Mit Kosten in Höhe von 41 075 805 EUR, wovon 37 757 019 EUR vom EFRE zur Verfügung gestellt wurden, soll es mehr Studierende für den aufstrebenden Bereich der Biotechnologien und der molekularen Medizin gewinnen und ihre praktischen Fähigkeiten in Bezug auf die Prioritäten der intelligenten Spezialisierung entwickeln.

Im Zentrum arbeiten auch einige prominente Wissenschaftler. Professor S. Klimašauskas erhielt kürzlich die Advanced-Researcher-Förderung des Europäischen Forschungsrats und 2016 wurde Professor V. Šikšnys für den Nobelpreis in Chemie nominiert.

MEHR DAZU
www.gmc.vu.lt



BREITBANDVERBINDUNGEN ERREICHEN LÄNDLICHE GEBIETEN

Bei der Umsetzung der Projekte RAIN und RAIN-2 wurden auf 9 132 Kilometern Glasfaserkabelleitungen verlegt. Heute haben 98,7% der litauischen Bevölkerung Zugang zu Breitbandverbindungen. Die durch diese Projekte geschaffenen Möglichkeiten stehen den Netzbetreibern bereits zur Verfügung, um Dienstleistungen für Endnutzer bereitzustellen: auf dem Land gelegene Schulen, Bibliotheken und öffentliche Internetzentren, lokale Regierungen, die Bevölkerung und Unternehmen im ländlichen Raum.

Insgesamt wurden dank der RAIN-Infrastruktur, die in 20-jähriger Laufzeit gebaut wurde, rund 1 Mio. Einwohner in ländlichen Gebieten erreicht. Der EFRE stellte 72 857 822 EUR der Gesamtausgaben von 81 696 552 EUR zur Verfügung, die für das Breitbandnetz RAIN für den ländlichen Raum bestimmt waren.

Diese Infrastruktur eröffnete die Möglichkeit, je nach Bedarf nicht nur auf Texte, sondern auch auf Audio- und Bildquellen zuzugreifen, da ein unterbrechungsfreier, zuverlässiger und sicherer Service gewährleistet ist. Das Breitbandnetz ist so konzipiert, dass seine Geschwindigkeit ohne große Kosten erhöht werden kann.

RAIN-2 war einer von fünf Gewinnern der Broadband Internet Awards 2015 der Europäischen Kommission, für die eine Jury aus internationalen Experten das Projekt als das beste in der Kategorie „Soziale und wirtschaftliche Auswirkungen und Verfügbarkeit“ nominierte.

MEHR DAZU
www.placajuostis.lt/en

AUF DER ÜBERHOLSPUR FÜR OLYMPISCHES GOLD IN KLAIPĖDA

Das hochmoderne Schwimmbad in Klaipėda ist eine weitere wichtige Etappe bei der Entwicklung der Freiluft- und Gesundheitsaktivitäten der Stadt. Ein Teil der ehrgeizigen Vision der Stadt war der Bau des Schwimmbads nach olympischen Standards. Dies gründete vor etwa einem Jahrzehnt in der starken Unterstützung der Profisportlerinnen und -sportler aus der Region als Reaktion auf die Erfolge der litauischen Schwimmer bei internationalen Wettbewerben.

Die Stadtverwaltung verfolgte einen breiteren Ansatz und beschloss, eine Multifunktionsanlage zu errichten, die sowohl für Fachleute als auch für die Bewohnerinnen und Bewohner der sportlichen Stadt nutzbar ist.

Als erstes seiner Art in den baltischen Staaten wurde das Bad mit Hilfe fortschrittlicher Technologien errichtet. Bei der Gestaltung des Bades wurde großer Wert auf umweltfreundliche Lösungen gelegt: Das Gebäude der Energieeffizienzklasse A+ beherbergt Solaranlagen, die u. a. Strom für das Multifunktionszentrum und eine Ladestation für Elektrofahrzeuge erzeugen können.

Das Schwimmbad entspricht dem FINA-Standard: Es ist 50 Meter lang, hat zehn Schwimmbahnen, Startblöcke, ein Zeitmesssystem und einen erhöhten Sitzbereich für das Publikum.

Mehr als nur ein Schwimmbad

Die Hauptfunktion des Zentrums besteht jedoch darin, gesellschaftliche Aktivitäten im Bildungs-, Gesundheits- und Freizeitbereich anbieten zu können. Eine der technischen Lösungen ist die Möglichkeit, die Wassertiefe und -temperatur so zu verändern, dass das Becken problemlos für den Schwimmunterricht für Kinder oder für Sportangebote an schwangere Frauen, Wassergymnastik, für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen angepasst werden kann.



Eine weitere Besonderheit des Beckens ist das neun Meter tiefe Tauchbecken, das für entsprechende Trainingszwecke genutzt wird. Hier können die litauischen Seestreitkräfte, die Unterwasserarchäologen des Landes, die für ihre Forschungen in der Ostsee bekannt sind, und Rettungstaucher ihre Fähigkeiten weiterentwickeln.

Der Bauauftrag beläuft sich auf 16,6 Mio. EUR, von denen 11,6 Mio. Euro aus den EU-Strukturfonds für Projektentwicklung, 4 Mio. EUR von der Stadt Klaipėda und 1 Mio. EUR aus dem Staatshaushalt stammen. ■



Gemeinsam schnell und hoch fliegen

Vilius Šapoka, Litauens Finanzminister, spricht darüber, wie das Land EU-Investitionen nutzt, um Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität zu fördern.



Litauen schöpft die EU-Förderung für den Zeitraum 2014-2020 sinnvoll aus. Was sind die Highlights und die Vorteile für die Litauer?

Unsere aktuell wichtigste Priorität ist die Stärkung unserer nationalen Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität. Wir investieren verstärkt in FuE, Innovation, KMU und IT-Entwicklung. Neben den EU-Investitionen haben wir private Investitionen in Höhe von 463,8 Millionen EUR mobilisiert, um heimische Unternehmen zu unterstützen.

Dank Investitionen in die IT-Infrastruktur ist außerdem unsere Internetgeschwindigkeit eine der schnellsten weltweit.

Meine Vision für Litauen, das so manchem schon als „Litechnia“ bekannt ist, besteht darin, die günstigsten steuerlichen Rahmenbedingungen für High-Tech-Investitionen und -Entwicklung zu schaffen. Für unser Land bedeutet das gut bezahlte Arbeitsplätze und eine Führungsrolle in den Bereichen Finanztechnologien, Laser, erneuerbare Energien, Biotechnologien und bei der Entwicklung von Fintech-Unternehmen.

Litauen ist bestimmt nicht zu klein, um eine Führung dieser Art zu übernehmen – auf die Größe kommt es nicht so sehr an wie auf talentierte Köpfe, Offenheit für neue Ideen und eine klare Vision. In diesem Zusammenhang fällt mir eine Geschichte über eine fürsorgliche Mutter ein, die ihrem Sohn einen sicheren Flug wünscht – einen tiefen und langsamen Flug. Weder der junge Pilot noch Litauen möchten das. Wenn man wirklich fliegen möchte, muss man schnell und hoch fliegen!

Das ist Litauen, wie ich es in der Zukunft sehe – ein mutiges Land mit intelligenten, gebildeten Menschen, die schnell und hoch fliegen und sich untereinander austauschen.

Wie erreicht die Kohäsionspolitik die litauische Realwirtschaft und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen?

Zwischen 2014 und 2020 stellen wir 1 Milliarde EUR zur Förderung des Unternehmertums und für die Geschäftsentwicklung, Unternehmensproduktivität,

Innovation und Forschung, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, den Export und die Geschäftsentwicklung in den Regionen, die Verringerung des Energieverbrauchs in der Industrie und die Wettbewerbsfähigkeit der Humanressourcen zur Verfügung. Zudem unterstützen wir Unternehmen dabei, beim Übergang zur „Industrie 4.0“ in neue Fertigungstechnologien, Prozessinnovationen und Digitalisierung zu investieren.

Trotz erheblicher Koinvestitionen aus dem EFRE in die Forschung und Entwicklung hinkt Litauen beim Produktivitätswachstum hinterher. Welche Maßnahmen ergreift die Regierung, um diesem Problem zu begegnen?

Laut den Primärdaten für 2017 wuchs Litauens Nennleistung pro tatsächlich geleisteter Arbeitsstunde mit einer Rate von 11% von allen EU-Mitgliedstaaten am schnellsten. Im Ranking des Weltbank-Projekts „Doing Business 2018“ belegen wir von 190 Ländern den 16. Platz. Unsere Reform 2016-2017 hat die Wirtschaftsbedingungen verbessert. Ein neues Steuersystem ab 2019 wird

„Das ist Litauen, wie ich es in der Zukunft sehe – ein mutiges Land mit intelligenten, gebildeten Menschen, die schnell und hoch fliegen und sich austauschen.“

das Wirtschaftswachstum in hohem Maße begünstigen und Unternehmen aus dem Ausland für den Standort Litauen gewinnen. Bis 2021 wird die Besteuerung von Arbeit in Litauen die wettbewerbsfähigste der baltischen Staaten sein. Für die Entwicklung von Finanztechnologien haben wir ein attraktives, flexibles Regelungsumfeld geschaffen.

EU-Mittel werden in jede Stufe des Innovationszyklus investiert. Wir nutzen sie auch, um die Zusammenarbeit des öffentlichen Sektors mit den Unternehmen aktiver zu gestalten.

Ein innovativer Ansatz für die Europäischen Struktur- und Investmentfonds sieht die Nutzung von revolving Fonds und anderen Finanzierungsinstrumenten vor. Können Sie uns ein Beispiel für Mischfinanzierung in Litauen nennen, also die Nutzung verschiedener Fonds und Finanzierungsformen, um ein bestimmtes Problem zu lösen?

Wir entwickeln unsere Finanzierungsinstrumente kontinuierlich weiter. Wir haben 224 Millionen EUR der EU-Förderung eingesetzt, um Unternehmen dabei zu helfen, Zugang zu Finanzierung zu erhalten, insbesondere für Investitionen in Unternehmenskapital. Zu den Maßnahmen zur Schaffung eines besseren Regelungsumfelds zählen die staatlich finanzierte Hilfe für ausländische Investoren, das „Blue Card“-System, die Initiative für Visa für Start-up-Unternehmen und die neueste Fassung des litauischen Arbeitsgesetzbuchs, das für Unternehmen wie für Angestellte mehr Flexibilität vorsieht. Um den Wohnungsbestand im

Sinne einer besseren Energieeffizienz zu modernisieren, haben wir Staatsanleihen (grüne Anleihen) ausgegeben und 500 Millionen EUR der EU-Hilfe über Finanzierungsinstrumente zugewiesen.

Litauen hat eine beeindruckende Konvergenz in Richtung des durchschnittlichen Pro-Kopf-BIPs der EU erreicht, während gleichzeitig die Ungleichheiten zwischen den litauischen Regionen im Vergleich zur Situation vor dem EU-Beitritt unverändert geblieben sind oder sich sogar vergrößert haben. Was sagen Sie zu diesem Phänomen? Welche Maßnahmen ergreift die Regierung, um diesen Trend umzukehren?

Wir entwickeln Strategien für die Spezialisierung von Regionen auf der Grundlage einer Analyse der Stärken und Schwächen, um Regionen für Unternehmen und Menschen attraktiv zu machen. Die Investitionen der EU haben uns dabei geholfen, eine hochwertige Infrastruktur aufzubauen. Wir möchten die Gemeinden ermutigen, diese so effektiv wie möglich zu nutzen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und neue Investitionen anzuziehen. Darum haben wir vor, ein neues System von Finanzanreizen für Gemeinden sowie eine neue Methode zur Planung von Investitionen einzuführen.

Wie kann die litauische Verwaltung zum gemeinsamen Ziel beitragen, die Kohäsionspolitik für Behörden und Begünstigte zu vereinfachen?

Zunächst müssen Vorschriften auf EU-Ebene geprüft werden. Auf nationaler Ebene prüfen, vereinfachen und optimieren wir die Verwaltungsprozesse für

Institutionen und Begünstigte. Wir verwenden außerdem sehr fortschrittliche IT-Lösungen, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und die Projektimplementierung zu vereinfachen.

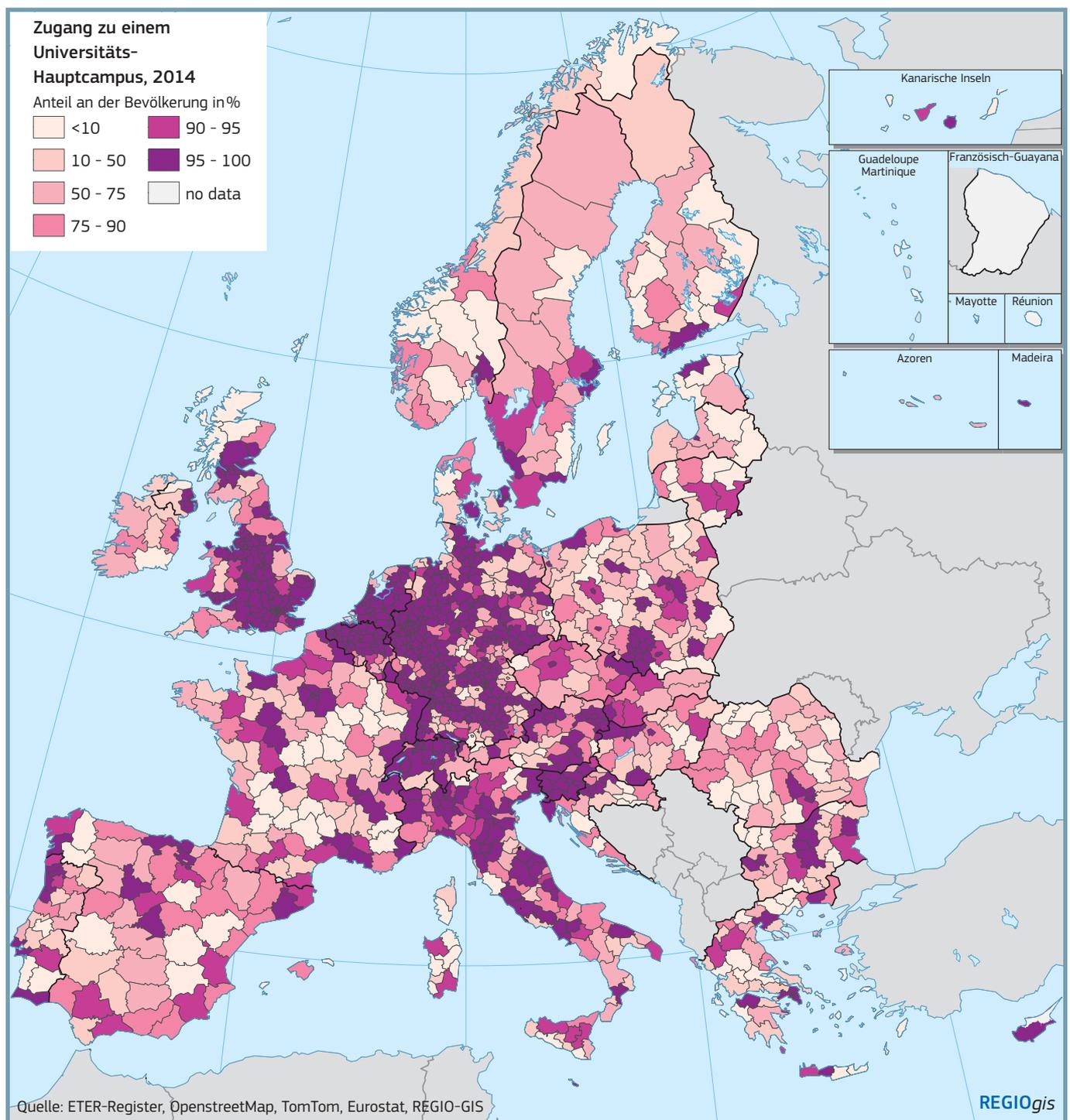
Wenn Sie an den nächsten Finanzierungszeitraum der ESI-Fonds von 2021 bis 2027 denken, wie werden sich Ihrer Ansicht nach die Prioritäten und Durchführungsmechanismen der Kohäsionspolitik in Litauen weiterentwickeln?

Wir müssen weiter in Humankapital investieren – Bildung und Kompetenzen, Innovation und FuE, Gesundheit, Zusammenarbeit zwischen Wirtschafts- und Forschungssektoren sowie anderen Bereichen – um ein integratives Wachstum für unser Land zu erreichen und zum EU-Durchschnitt aufzuschließen. Die Kohäsionspolitik mit angemessenen Mittelzuweisungen und einer Kofinanzierungspflicht, die die wirtschaftliche Realität eines Landes widerspiegelt, ist von entscheidender Bedeutung, um diese Ziele zu erreichen. Es ist notwendig, die Ergebnisorientierung, Flexibilität, Verhältnismäßigkeit und die Vereinfachung der Kohäsionspolitik weiter zu verbessern. ■

Die Erreichbarkeit von Universitäten unterscheidet sich je nach Region und Gebiet

Die gute Erreichbarkeit von Einrichtungen der höheren Bildung kann ein wichtiger Vorteil für die regionale Entwicklung und Attraktivität sein. In der Regel sind die Universitäten gut auf dem Kontinent verteilt. 82% der Bevölkerung in den EU- und EFTA-Staaten (Europäische Freihandelsassoziation) leben innerhalb von 45 Autominuten von einer oder mehreren Universitäten entfernt.

Dennoch haben mehr als 22% der NUTS-3-Regionen, in denen 14% der Bevölkerung lebt, einen relativ schlechten Zugang zu Universitäten (weniger als die Hälfte der Bevölkerung).



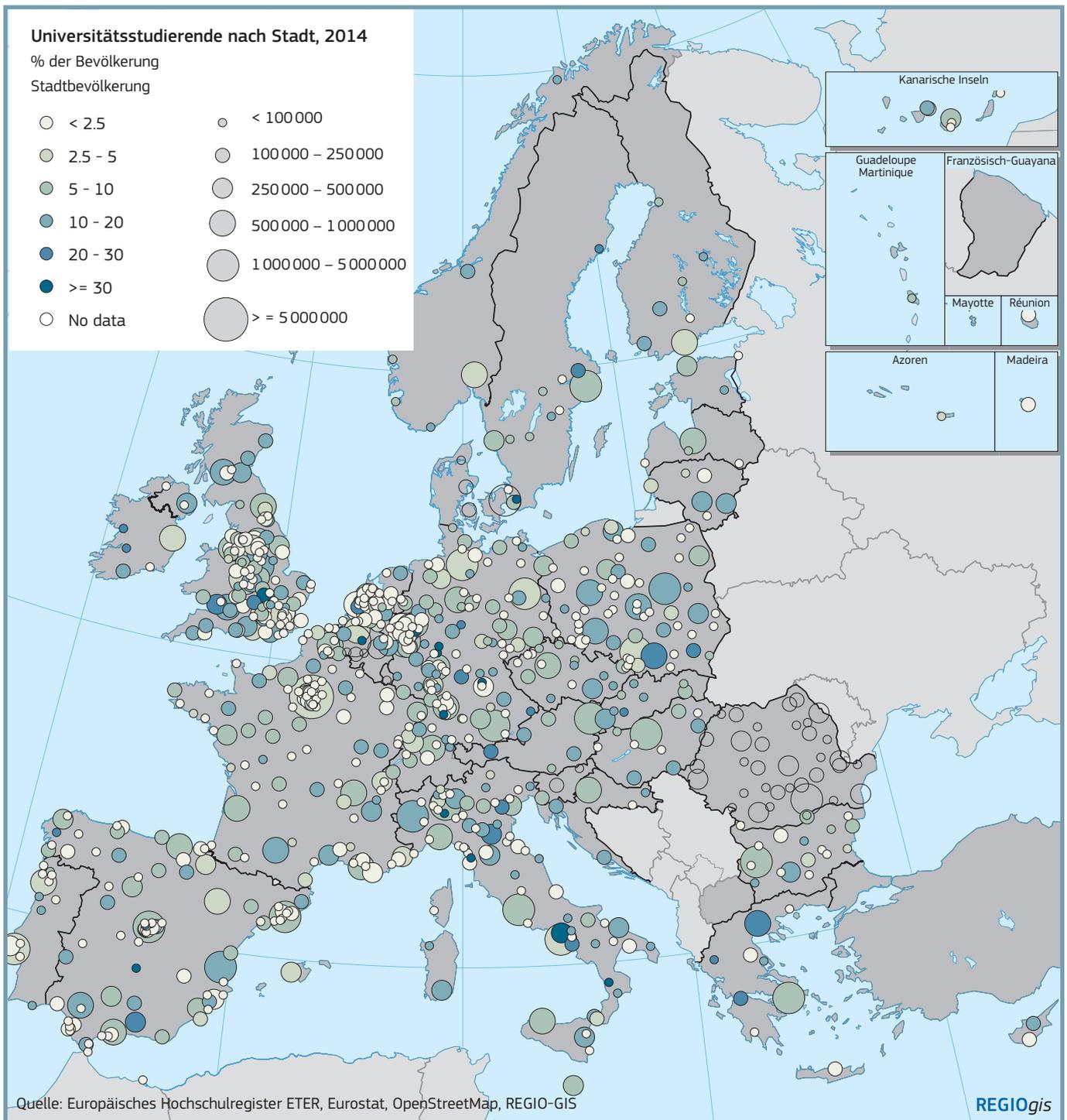
Universitätsstudierende nach Stadt, 2014

Universitäten können eine wichtige Rolle bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung von Städten spielen. Im Durchschnitt sind über 6% der städtischen Bevölkerung an Universitäten eingeschrieben. Höhere Anteile finden sich insbesondere in mittelgroßen Städten (zwischen 250 000 und 1 Mio. Einwohnern). In 38 Städten übersteigt die Zahl der Studierenden im Verhältnis zur städtischen Gesamtbevölkerung 20%. Viele dieser Städte - wie Bologna (IT), Krakau (PL) und Löwen (BE) - haben jahrhundertealte Universitäten.

Diese Analyse kombiniert Daten aus dem Europäischen Hochschulregister (ETER) mit der räumlichen Verteilung der Bevölkerung in 1-km²-Gittern und den geschätzten Fahrzeiten im gesamten Straßennetz.

MEHR DAZU

ETER: <https://www.eter-project.com>



MIT DER KAMERA EINGEFANGEN IN RHEINLAND-PFALZ

Dank des EFRE unterstützt das Land Rheinland-Pfalz von 2014 bis 2020 Projekte vor Ort mit Forschungs- und Entwicklungsförderung, Unterstützung von KMU sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes und zur Förderung grenzüberschreitender Projekte. Der EFRE ist eine wichtige Säule der Förderung der regionalen Wirtschaft und dortiger Innovationen, durch die Unternehmen, Kommunen, Forschungseinrichtungen und die Menschen in Rheinland-Pfalz von der EU-Kohäsionspolitik profitieren.



01



02



03



04



05



06



07

08



01 Das Unternehmen Dr. Boy hat ein modulares Indexierwerkzeug entwickelt, mit dem sowohl Spritzgussteile als auch verschiedene Hohlkörper universell hergestellt werden können.

02 In Bitburg-Prüm in der Eifel wurden 14 Wanderwege ausgeschildert, die über 220 Kilometer felsige Landschaften, blühende Wiesen und durch dichte Wälder führen.

03 Das Unternehmen EWM hat effektive Lösungen für das Schweißen für die Industrie 4.0 entwickelt, die dabei helfen, Arbeitsplätze zu schaffen und den Umsatz zu steigern.

04 Fischer hat ein System zur Reduzierung des Energie- und Frischwasserverbrauchs sowie zur Nutzung der Abwärme für Heizkreise entwickelt und spart jährlich über 80 Tonnen CO₂ ein.

05 Gründungsbüros hat gemeinsame Förderbüros für die Universitäten Kaiserslautern, Koblenz, Landau, Mainz und Trier entwickelt und eingerichtet.

06 Ein neues, von der iRt Systems GmbH entwickeltes medizinisches Strahlentherapiegerät kann die vorgeschriebene Dosisverteilung für Patientinnen und Patienten während der Bestrahlung in „Echtzeit“ überprüfen.

07 Die Schreinerei Gerlach hat das CNC-Maschinenzentrum (computergestützte numerische Steuerung) entwickelt, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und einen festen Arbeitsplatz zu schaffen.

08 SD Blechtechnologie hat in ihren Produktionsstandort investiert, die Energieeffizienz gesteigert und so mindestens 40 Tonnen CO₂ eingespart.

09 Im Projekt Wanderwunder Moselsteig Weinbergspfad wurde eine 365 Kilometer lange Moselstrecke von Perl nach Koblenz errichtet, die Kulturstätten und ländliche Orte miteinander verbindet.

10 In Robotix schafft die grenzüberschreitende Zusammenarbeit Synergien in Lehre und Forschung zur Robotik und etabliert einen permanenten Forschungscluster für die Industrierobotik.

11 SESAM-Partner aus Lothringen, dem Saarland, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und Belgien schaffen Möglichkeiten, um Schlüsselkompetenzen in einem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt zu erwerben.

12 Im Projekt SeRaMCO wird eine Analyse der Chemie von recycelten Zuschlagstoffen bei der Herstellung von starkem, langlebigem und stabilem Beton durchgeführt.

09



10



11



12



MEHR DAZU

EFRE Rheinland-Pfalz: www.efre.rlp.de

Interreg: <https://mwvlw.rlp.de/de/themen/wirtschafts-und-innovationspolitik/interreg/>

DATENPUNKT

Die Umsetzung der EFRE- und KF-Zuweisungen 2007-2013

Zum Ende des Sommers 2018 veröffentlichte die Kommission den aktuellen Finanzbericht über die Umsetzung der Mittelzuweisungen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Kohäsionsfonds (KF) im Zeitraum 2007-2013.

Trotz der Herausforderungen, mit denen die Europäische Union im Programmplanungszeitraum 2007-2013 konfrontiert war, beläuft sich die finanzielle Umsetzung der EFRE- und KF-Mittelzuweisungen bis zu diesem Zeitraum 2018 auf 97,7% und die Abschlussprozesse sind in vollem Gange.

Zu Beginn des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2007-2013 wurden den Mitgliedstaaten (MS) über den EFRE und den KF 270,9 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt, um Projekte mit hohem Mehrwert zum Abbau von Ungleichgewichten zwischen den EU-Regionen zu kofinanzieren. Dieser beträchtliche Betrag wurde für zwei Hauptziele bereitgestellt: Konvergenz sowie regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Ein drittes Ziel wurde festgelegt, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern.

Wie viel wurde bezahlt und wie viele Verluste gab es?

In den ersten drei Jahren des Haushaltszyklus wurden Vorauszahlungen in Höhe von 23,9 Mrd. EUR geleistet, um sicherzustellen, dass die Programme ohne Verzögerung durch Liquiditätsengpässe anlaufen können. Darüber hinaus wird die Kommission die Erstattung von Ansprüchen aus dem Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis 31. März 2017 (2018 für den neuen MS: Kroatien) von insgesamt 231 Mrd. vorbehaltlich einer 95%-Schwelle (mit Ausnahme von Griechenland) vornehmen, wobei die restlichen 5% der Mittel für die Abschlussmaßnahmen einbehalten werden.

Dieser Puffer schützt die Interessen der EU-Steuerzahler, indem er sicherstellt, dass alle unrechtmäßig an die MS ausbezahlten Beträge ordnungsgemäß eingezogen werden können. Von diesen einbehaltenen 5% (oder mehr, wenn MS keine Erstattungen bis zur Schwelle gefordert haben) wurden bis Ende des Sommers 2018 6,1 Mrd. EUR an 19 MS+grenzüberschreitende Zusammenarbeit gezahlt, und 2,6 Mrd. EUR an 14 MS+grenzüberschreitende Zusammenarbeit für bereits abgeschlossene oder vorab abgeschlossene Programme.

Dieser Verlust ist darauf zurückzuführen, dass die MS die restlichen 5% ihrer endgültigen Forderung nicht geltend gemacht haben, oder auf Unregelmäßigkeiten, die von den Prüfern der Kommission festgestellt wurden. Dort, wo der Puffer von 5% der gezahlten unregelmäßigen Beträge nicht abdeckte, wurden Ende des Sommers zusätzliche Rückforderungen in Höhe von 12,3 Mio. EUR in Bezug auf MS+grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorgenommen.

Umsetzung der EFRE- und KF-Zuteilungen nach Art der Transaktion

Mio. EUR	KF	EFRE	Gesamtsumme
Ursprüngliche Zuteilung	70 075,0	200 822,2	270 897,2
Vorfinanzierung	7 478,9	16 413,4	23 892,3
Zwischenzahlungen	58 730,0	172 221,9	230 951,9
Abschlusszahlungen	2 204,6	3 926,4	6 131,0
Aufhebung der Mittelbindungen (n+2/n+3)	209,7	809,0	1 018,6
Aufhebung der Mittelbindungen beim Abschluss	790,1	1 786,7	2 576,9
Wiedereinzahlungen bei Schließung (31.08.2018)	-	12,3	12,3
Zuteilung noch offen (31.08.2018)	661,6	5 664,8	6 326,4

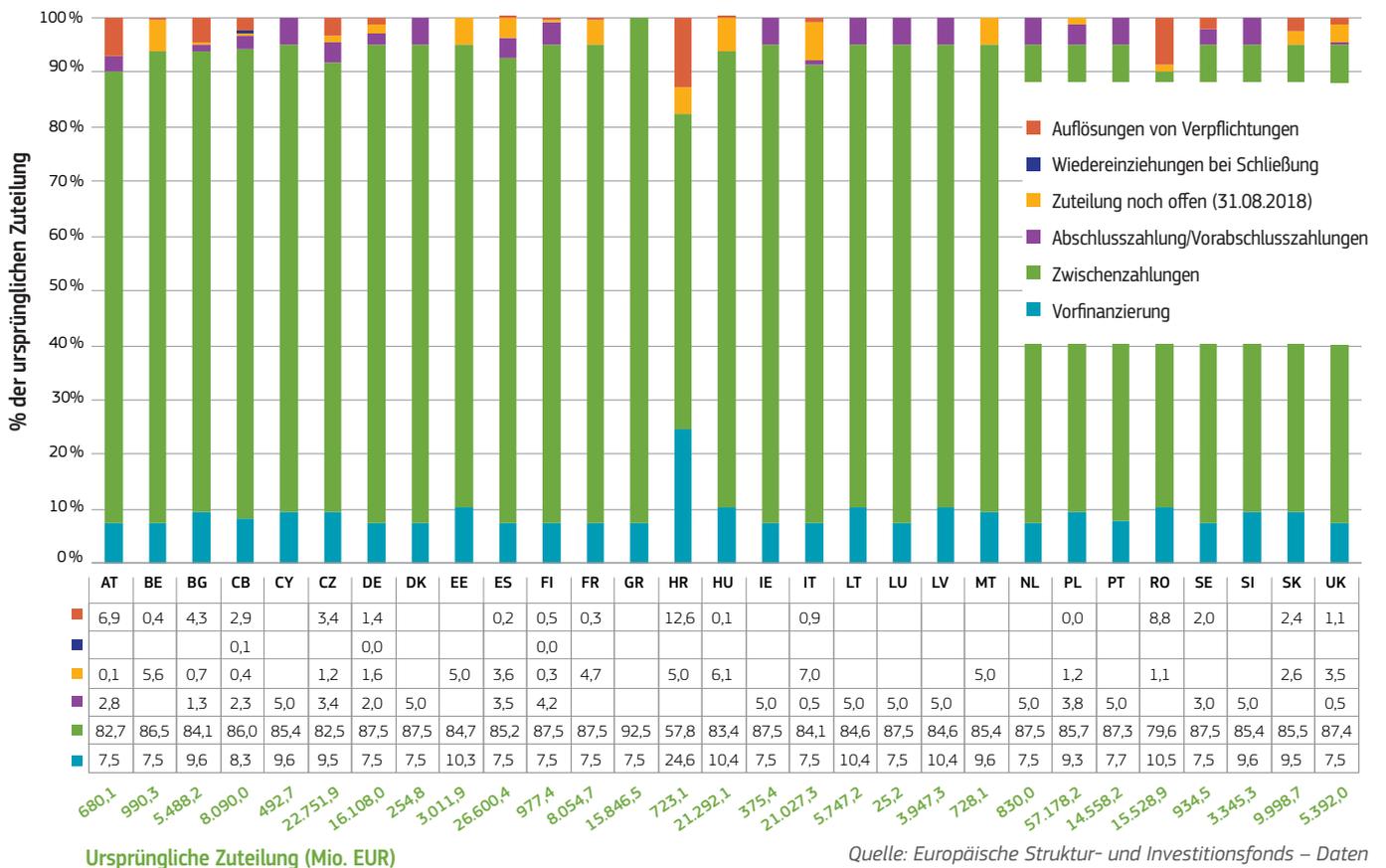
Angesichts des erwarteten Umfangs der Investitionen und dem Schwerpunkt auf der Wirksamkeit der Ergebnisse sorgte die Kommission durch die Aufhebung der Mittelbindung nach der Regel „n+2/n+3“ für finanzielle Disziplin und Anreize für einen schnelleren Einsatz der Haushaltsmittel. Nach dieser Regel galt als Frist für den Einsatz der jährlichen Verpflichtung „n“ der 31. Dezember des zweiten Jahres, mit Ausnahme der MS, deren BIP zwischen 2001 und 2003 unter 85% des Durchschnitts der EU-25-Länder lag, für die eine Frist bis zum 31. Dezember des dritten Jahres galt.

Um den Auswirkungen der Finanzkrise entgegenzuwirken, gewährte die Kommission eine Entlastung der Mittelbindung für 2007 von der obigen Regel, indem sie diese in sechs Teile aufteilte und ein Sechstel der Mittelbindung für 2007 zu jeder der Mittelbindungen für den Zeitraum 2008-2013 hinzufügte.

Weitere Flexibilität zeigte sich durch die Zahlung einer Aufstockung von 10% auf erstattete Forderungen an die von der Finanzkrise am stärksten betroffenen MS, die es ermöglichte, Projekte schrittweise zwischen den mehrjährigen Finanzperioden zu realisieren und Programme an die neuen Herausforderungen anzupassen, ohne dass die politischen Ziele darunter leiden. Dennoch verloren 12 MS+grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der Regel „n+2/n+3“ der Aufhebung von Mittelbindungen 1 Milliarde Euro.

Folgendes Gesamtbild stellt die Art der Transaktion nach MS gruppiert dar, wobei die gesamten Beträge auf der offenen Datenplattform der ESI-Fonds verfügbar sind: <http://europa.eu/!Pv48jv>.

Umsetzung der EFRE- und KF-Zuweisungen nach Art der Transaktion und Mitgliedstaat



Gibt es ein Thema, das Ihrer Ansicht nach in künftigen Panorama DATENPUNKT-Artikeln behandelt werden sollte?

Gibt es einen finanziellen Datensatz, den wir auf die offene Datenplattform der ESI-Fonds stellen sollen?

Wenn ja, bitte eine E-Mail schreiben: REGIO-A3-BUDGET-TEAM@ec.europa.eu



Interregionale Zusammenarbeit funktioniert!

Anfang 2018 beschloss Interreg Europa zu untersuchen, welche politischen Veränderungen und Wirkungen interregionale Kooperationsprojekte bringen. Vor kurzem wurden in einem Bericht zahlreiche Belege für die Vorteile dieser Projekte veröffentlicht.

Mit Partnern zusammenzuarbeiten, bringt Vorteile – insbesondere, wenn die Partner mögliche Lösungen und bewährte Verfahren teilen. In einem Teil von Europa getestete Lösungen können Veränderungen in anderen Regionen, die an internationalen Kooperationsprojekten beteiligt sind, beschleunigen.

Interreg Europa ist ein gesamteuropäisches Programm für interregionale Zusammenarbeit, das vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kofinanziert wird. Im Rahmen der von Interreg Europa durchgeführten Projekte arbeiten öffentliche und private gemeinnützige Organisationen aus ganz Europa gemeinsam an der regionalen Entwicklungspolitik.

Es handelt sich um eine „weiche“ Kooperation. Die Organisationen tauschen Erfahrungen und bewährte Verfahren mit Projektpartnern und politischen Entscheidungsträgern aus und suchen gemeinsam nach Lösungen für regionale Herausforderungen.

Da sich Ergebnisse erst nach einer gewissen Zeit einstellen, stammen die Belege aus dem Vorgängerprogramm INTER-

REG IVC, das zwischen 2008 und 2014 interregionale Kooperationsprojekte kofinanzierte.

Durch eine Umfrage unter den Partnern und Interviews mit einer ausgewählten Gruppe konnte belegt werden, dass weiche Kooperationen einen echten Wandel bewirkt haben. Die zwanzig in dem Bericht enthaltenen Geschichten zeigen, wie Projekte sich gegenseitig inspiriert haben und daraus Veränderungen und Verbesserungen entstanden sind.

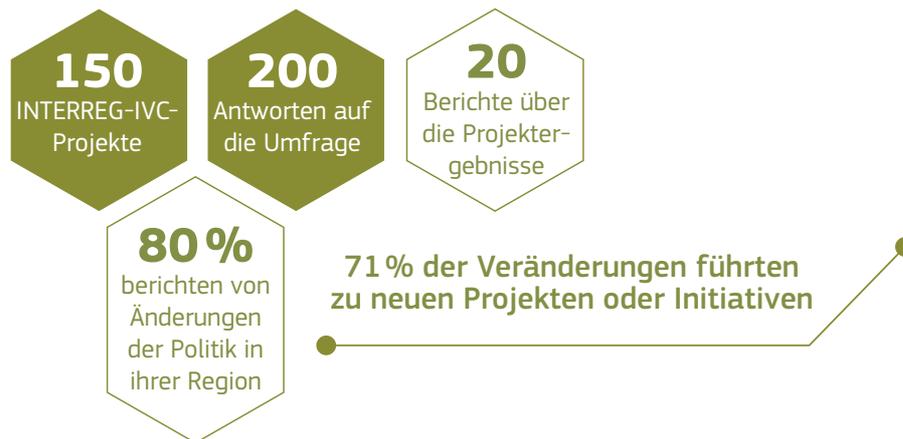
Beispiele für nutzbringende Kooperationen

Das Projekt **PROSESC** half einem Gründerzentrum in Norfolk County im Vereinigten Königreich dabei, seine Vision für Innovationen zu erarbeiten, bewährte Verfahren für die Unterstützung von Lieferketteninnovationen aus Deutschland zu übertragen und der Innovationsstandort der Grafschaft zu werden.

„Ohne Hybrid Parks hätte es keine Gestaltungspläne für diese Gärten gegeben. In Malta werden Grünflächen normalerweise nicht gestaltet. Hybrid Parks gab den Ausschlag, sich Expertise an Bord zu holen.“

Malcolm Borg, Heritage Enterprise, Hybrid Parks

EFFEKTE DER INTERREGIONALEN ZUSAMMENARBEIT



Dank bewährter Verfahren, die aus dem Vereinigten Königreich übertragen wurden, entwickelte das Finanzinstitut der italienischen Lombardei im Rahmen von **FIN-EN** neue Finanzierungsinstrumente und ein IT-System für ihre Anwendung und Überwachung sowie die dazugehörige Berichterstattung.

Durch das Projekt **MOG** entwickelt die ungarische regionale Innovationsagentur in Mitteltransdanubien ein Mobilitätsprogramm, das Menschen, Güter und Dienstleistungen aus dem ländlichen Raum mit den umliegenden Städten verbindet. Dieses aus Deutschland übertragene bewährte Verfahren trug dazu bei, die Abwanderung aus der Region sowie die dortige Umweltverschmutzung zu verringern.

Im Rahmen von **VITOUR LANDSCAPE** halfen bewährte Verfahren aus Italien und Österreich dem Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal in Deutschland dabei, Aktivitäten und Initiativen für einen besseren Schutz und den Erhalt des landschaftlichen Erbes zu entwickeln. ■

” *Der Marke lag als Katalysator eine bewährte Praxis zugrunde. Menschen aus Österreich erklärten im persönlichen Kontakt, wie es funktionieren kann. Ohne diesen Austausch wären wir nicht so weit gekommen.* “

Nico Melchior, Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal,
VITOUR LANDSCAPE



MEHR DAZU

<https://www.interregeurope.eu/projectresults>

BEWÄHRTE VERFAHREN AUSTAUSCHEN ... UND DEN ERFOLG TEILEN

- › Um ihre Verwaltung zu verbessern, verwenden Cluster in Rumänien ein neues Unterstützungssystem, das auf bewährten Verfahren von Partnern aus Frankreich, Österreich und Ungarn aufbaut (CLUSTERIX);
- › im österreichischen Linz gibt es ein neues Coworking-Büro für die Kultur- und Kreativbranche, das durch bewährte Verfahren aus Finnland (CREA.RE) inspiriert wurde;
- › Oakenshaw im Vereinigten Königreich förderte den Bau einer Windkraftanlage, damit die Gemeinschaft von Erlösen aus anderen Energieeffizienzprojekten profitiert – ermöglicht wurde dies durch die Erfahrungen, die ein dänischer Partner (RENERGY) geteilt hatte;
- › mit der Hilfe eines italienischen Partners (Hybrid Parks) entwickelte Linköping in Schweden ein Konzept für städtischen Gartenbau und Freiluftunterricht, um den sozialen Zusammenhalt in der Gemeinschaft zu stärken.



PROJEKTE

ECOWAVE GEWINNT 2018 ENERGY GLOBE AWARD FÜR GIBRALTAR

**GESAMTINVESTITION
224 497 EUR**

**BEITRAG DER EU
67 349 EUR**

Das Projekt Wave Energy Power Station hat seine Meereslage am Fels von Gibraltar, einem britischen Überseegebiet, genutzt, um für das lokale Netz Strom zu erzeugen. Neben dem Beitrag zur weltweiten wirtschaftlichen Nutzung von Wellenenergie hat das Projekt auch Arbeitsplätze in mehreren Betriebsbereichen vor Ort ermöglicht.

Der Energy Globe Award wird an Projekte vergeben, die entweder unsere Umwelt und Ressourcen schonen und schützen oder die erneuerbare Energien und nachhaltige Prozesse fördern. Mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung hat das Pilotprojekt ECOWAVE gezeigt, dass Wellenenergie eine effiziente und wirtschaftliche Lösung für Standorte sein kann, die für eigene Solar- und Windkraftanlagen zu klein sind.

Die ECOWAVE-Anlage wurde an einem ehemaligen Landungsbrücke aus dem Zweiten Weltkrieg auf dem Felsen von Gibraltar installiert. Robuste „Arme“ verbinden die einzigartig geformten Schwimmer mit dem Steg: durch die Auf- und Abbewegung der Schwimmer mit der Wellenbewegung wird eine biologisch abbaubare Flüssigkeit an ein Kraftwerk an Land gefördert, wo sie in Fluiddruck umgewandelt wird. Damit wird dann ein Generator angetrieben, der sauberen Strom erzeugt und an das Netz von Gibraltar angeschlossen wird.

Wirtschaftliche Verbindungen

In einem weiteren Schritt des Projekts wurde die Wellenenergie-Pilotanlage erfolgreich an das Netz von Gibraltar angeschlossen, ohne dass es zu Versorgungsschwankungen oder Schäden kam. Nachdem ECOWAVE mehrere Hindernisse für die Wirtschaftlichkeit in der Wellenenergiebranche überwunden hat, nutzte ECOWAVE seine innovative Technologie und den Standort an Land, um ein Kraftwerk für erneuerbare Energien zu entwickeln, das deutlich kostengünstiger ist als bisherige Entwicklungen im Wellenenergiebereich.

Das Pilotprojekt hat auch die Auswirkungen extremer Wetterbedingungen auf See verringert, da der größte Teil des Kraftwerks an Land gebaut wurde und dort leichter zugänglich und wartungsfähig ist. Das System ist auch in der Lage, Echtzeitdaten von den Schwimmern zu übertragen – wenn die Wellenhöhe vom System nicht mehr verarbeitet werden kann, werden die Schwimmer automatisch über die Wasseroberfläche gehoben, bis der Betrieb nach dem Sturm wieder aufgenommen werden kann.

Ökostrom

Damit ECOWAVE die Umwelt- und Tourismusanforderungen der Region erfüllen kann, wurde ebenfalls viel Energie investiert. Das Kraftwerk, das in einem ungenutzten Wellenbrecher installiert wurde, stellt keine Navigationsrisiken für Schiffe dar, ist von der Küste und den besten Strandlagen aus kaum sichtbar und erzeugt keine Lärmbelästigung.

Das System verursacht keine Störung der lokalen Meeresfauna, da es an der Oberfläche schwimmt und mit einem (künstlichen) Steg gesichert und damit nicht mit dem Meeresboden verbunden ist. Außerdem ist die in der Anlage verwendete biologisch abbaubare Hydraulikflüssigkeit umweltfreundlich.

Darüber hinaus profitierte auch die Tourismusbranche und der Handel in Gibraltar von der Erneuerung des zuvor geschlossenen Stegs, der nun auch für Besucher zugänglich ist.

Nachdem das Unternehmen Eco Wave Power bereits 13 neue Patente angemeldet und den Weltrekord für die Netzanschlussstunden übertroffen hat, plant es nun ein 5-Megawatt-Onshore-Wellenkraftwerk, durch welches das britische Überseegebiet mit 15 % seines Stroms versorgt wird. ■

MEHR DAZU

<http://www.ecowavepower.com/>

PROJEKTE

HAMBURGS REGENERATIVER ENERGIEBERG ERWEITERT DEN HORIZONT

**GESAMTINVESTITION
9 140 000 EUR**

**BEITRAG DER EU
4 435 703 EUR**

Ein ehemaliger Deponiehügel ist zu einem neuen Hamburger Wahrzeichen geworden. Der Georgswerder Energieberg versorgt die Bewohner und Besucher der deutschen Stadt mit erneuerbarer Energie, beherbergt ein Informationszentrum und bietet Grünflächen.

Die Internationale Bauausstellung Hamburg hat zahlreiche Projekte für eine nachhaltige, umweltfreundliche und sozial verträgliche Entwicklung innerstädtischer Gebiete erarbeitet und in die Tat umgesetzt. Dazu gehörte auch ein Wettbewerb für die Sanierung eines ehemaligen Deponiegeländes im Bezirk Georgswerder auf Europas größter Flussinsel in der Elbe. Das Projekt nutzte den Siegerentwurf des Wettbewerbs und wurde 2013 abgeschlossen.

Von giftigem Müllberg zu einem Symbol für erneuerbare Energie

Jahrzehntlang wurden auf dem Gelände in Georgswerder Haushaltsmüll und giftige Industrieabfälle deponiert. Ende der 1970er-Jahre wurde der Deponiebetrieb zwar eingestellt, doch stellte man fest, dass giftige Dioxine austraten und ins Grundwasser gelangten. Der 40 Meter hohe Hügel und der Untergrund mussten aufwändig mit einer wasserdichten Kunststoffmembran gesichert werden. Zur Sicherung des Geländes und zum Schutz des Grundwassers wurden jahrelang technische Arbeiten ausgeführt.

Anschließend wurde das Gelände mit Oberboden überdeckt und hat sich nun in einen grünen Hügel mit Wiesen und Sträuchern verwandelt. In den 1990er Jahren wurde zur Nutzung der ausgezeichneten Windverhältnisse die erste Windkraftanlage auf dem Hügel errichtet. Heute werden Tausende von Haushalten dank leistungsstarker Windturbinen und Solarmodulen mit Strom versorgt.

Der Energieberg ist seit 2013 für die Öffentlichkeit zugänglich. Im Informationszentrum erfahren Besucher mittels interaktiver Multimedia-Displays mehr über die Geschichte des Energiebergs und wie es gelang, ihn zu sanieren.

Außerdem werden sie über modernes Abfallmanagement, Recyclingmethoden und mehr informiert, da das Gebäude ihnen ermöglicht, die technischen Anlagen und Installationen für Grundwasseraufbereitung und erneuerbare Energien aus der Nähe zu sehen. Das Zentrum ist energieeffizient.

Der Energieberg hat die Grünflächen von Georgswerder noch erweitert. Besucher können den Berg hinaufsteigen, auf einem Spazierweg rund um den Gipfel wandern und dabei die frische Luft und die beeindruckende Aussicht auf den Hafen und das Stadtzentrum genießen. Der Weg bietet modernen Raum für unterschiedliche Aktivitäten.

Dieser „Horizontweg“ wurde so gestaltet, dass er als weißer Ring um den Gipfel erscheint und auch aus der Ferne sichtbar ist – ein Wahrzeichen für Hamburg. Bei Nacht wird der Weg von LED beleuchtet. Die Endlosschleife wurde aus recycelbarem Material gebaut und symbolisiert die Bedeutung der Wiederverwertung und der Kreislaufwirtschaft. ■

MEHR DAZU

<https://www.facebook.com/energieberggeorgswerder/>



PROJEKTE

MODERNSTE LASER- UND KERNPHYSIKANLAGE IN RUMÄNIEN WIRD ERÖFFNET

**GESAMTINVESTITION
310 946 691 EUR**

**BEITRAG DER EU
255 933 558 EUR**

In der rumänischen Stadt Măgurele soll 2019 eine hochmoderne Einrichtung zur Erforschung der photonuklearen Physik und ihrer Anwendungen mit Lasertechnologien in Betrieb gehen.

Es wurde durch das Projekt Extreme Lichtinfrastruktur für Atomphysik (ELI-NP) gegründet und ist Teil eines breiteren europäischen Projekts, das auch Anlagen in Ungarn (ELI-ALPS, Attosecond Light Pulse Source) und der Tschechischen Republik (ELI-Beamlines) umfasst.

Die Ausrüstung für die beiden Arme des Hochleistungslasersystems der Anlage wurde installiert, und die Erprobung von drei Laserstrahlen – mit einer potenziellen Ausgangsleistung von 100 Terawatt, 1 Petawatt und 10 Petawatt – hat begonnen. Auch der Bau eines Laserstrahl-Transportsystems wird gerade durchgeführt.

Wirtschaftliche Verbindungen

Einige der Labore der Einrichtung, etwa für Optik und die angestrebte experimentelle Produktion, sind bereits in Betrieb. Das Ziellabor verfügt über mehrere Geräte zur Herstellung von Mikro- und Nanostrukturen – darunter auch ein System für die Herstellung von Nanostrukturen auf festen Oberflächen für eine verbesserte Aufnahme von Laser-Impulsen – und es wird fortwährend weiterentwickelt.

Forschende aus diesem Labor haben damit begonnen, Ziele für erste Experimente mit den Hochleistungslasern vorzubereiten. Das Labor wird auch für Master- und Doktorandenausbildungen im Bereich der Mikro- und Nanotechnologien genutzt.

Die Installation des Gammastrahlensystems der Anlage und der Bau von Instrumenten für Gammastrahlversuche werden

ebenfalls vorangetrieben, und einige der Instrumente sind bereits einsatzbereit. Ein Schwerpunkt in diesem Bereich ist der Aufbau von Experimenten mit nieder- und hochenergetischen Gammastrahlen. ELI-NP-Forschende arbeiten daran mit einem internationalen wissenschaftlichen Ausschuss zusammen und haben ein erfolgreiches Vorbereitungsexperiment an der Duke University in den USA durchgeführt. Diese Untersuchungen werden am ELI-NP fortgesetzt.

Experimente zur Kernresonanz-Fluoreszenz (KRF) – einem Prozess, bei dem ein Kern Gammastrahlen absorbiert und abgibt – sind ein spezialisierter Forschungsbereich der Einrichtung. Mit der Ausrüstung wird es möglich sein, Gammastrahlen bei starker Strahlung effizient zu erkennen. Die NRF-Technik wird für die präzise 3D-Röntgen- und Tomographietechnik eingesetzt, die es ermöglicht, die Innenform oder den Querschnitt von Objekten zu betrachten. Diese Technik eignet sich besonders gut für die zerstörungsfreie Analyse verschiedenster Materialien.

Zudem wird ein sogenanntes Siliziumstreifen-Array entwickelt, mit dem Reaktionen gemessen werden können, die bei astronomischen Ereignissen wie dem Urknall oder bei Supernova-Explosionen beteiligt sind.

Über 150 Forschende aus 26 Ländern arbeiten derzeit bei ELI-NP und mit einer internationalen Personalgewinnung bis 2020 sollen weitere 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen werden. Über ein offen zugängliches Programm wird die neue Einrichtung sowohl für Personen aus den anderen ELI-Säulen als auch für externe wissenschaftliche Nutzer zugänglich werden. ■

MEHR DAZU
<http://www.eli-np.ro/>

TERMINE

18.-19. OKTOBER

Sofia (BG)

7. Jährliches Forum zur EU-Strategie für den Donauraum

19. OKTOBER

Brüssel (BE)

Kohäsionspolitik nach 2020 und nachhaltige Übergänge

20.-21. NOVEMBER

Innsbruck (AT)

2. Jährliches Forum zur EU-Strategie für den Donauraum

RECHTLICHER HINWEIS

Weder die Europäische Kommission noch eine im Namen der Europäischen Kommission handelnde Person übernehmen Haftung für die Verwendung der nachfolgenden Informationen.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2018

Druck: ISSN 1608-3881 KN-LR-18-066-DE-C

PDF: ISSN 1725-8294 KN-LR-18-066-DE-N

Weiterverwendung mit Quellenangabe gestattet.

Die Weiterverwendungspolitik der Dokumente der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt.

Für die Benutzung oder den Nachdruck von Fotos oder sonstigen Materialien, die nicht dem Urheberrecht der Europäischen Union unterliegen, muss eine Genehmigung direkt bei den Inhabern des Urheberrechts eingeholt werden.

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer, deutscher, bulgarischer, griechischer, spanischer, italienischer, polnischer und rumänischer Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter: http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/publications/panorama-magazine/

Diese Ausgabe wurde im September 2018 fertiggestellt.

© Europäische Union, 2018

FOTOS (SEITEN):

Titelbild: Luftbild von Vilnius, Litauen © Thinkstock/prosign

Seite 3: © Europäische Union

Seite 4: © iStock /vencavolrab

Seite 6: © iStock/ronstik

Seite 7: Martin Eichinger © Philipp Monihart

Seite 8: © Stadt Bukarest, Rumänien

Seite 9: © EuropaBüro der Bayerischen Kommunen

Seite 10, 11: © Weltbank

Seiten 12 bis 15: © Europäische Union

Seite 16: Krankenhaus in Kalisz, Polen © Andrzej Kurzynski; Gewinner des Online-Quiz © Europäische Union

Seite 17: Port de Vilanova i la Geltrú, Spanien © Sophie Pedrosa; Blast Furnaces Belval, Luxemburg © Alex Kaousche; Startschienen hinter Trockensilos, Portugal © Eduardo Ventura

Seite 18: © iStock/GilesMetcalfe

Seite 19: © Maria Ward Brennan

Seite 21: © Stefania Manca; © Håkon Jentoft; © Valentina Schippers-Opejko

Seite 22: © Eurocities

Seite 24: © Thinkstock/shirophoto

Seite 25: © Europäische Union

Seite 26: Medellín © Thinkstock/jtinjaca; Udaipur © Thinkstock/

Babul Bhatt; Zhengzhou © Thinkstock/tenglong guo;

Montreal © Thinkstock/ rabbot75_1st

Seite 27: © Stadt Mannheim

Seite 28: © iStock/Krivinis

Seite 31: © Smart Park Visaginas; © Jura

Seite 32: © Life Sciences Center

Seite 33: © Stadt Klaipėda

Seite 34: © Finanzministerium, Litauen

Seite 38: 1 © Dr.Boy; 2 © Eifel-Bezirk Bitburg-Prüm;

3 © EWM; 4 © Fischer; 5 © Gründungsbüros;

6 © iRT Systems GmbH; 7 © Schreinerei Gerlach;

8 © SD Blechtechnologie; 9 © Moselsteig Weinbergspfad;

10 © Robotix; 11 © SESAM; 12 © SeRamCo

Seite 44: © Eco Wave Power Ltd

Seite 45: Energieberg © Stadtreinigung Hamburg

Seite 46: © ELI-NP

BLEIBEN SIE IN VERBINDUNG



ec.europa.eu/regional_policy
cohesiondata.ec.europa.eu



[@EUinmyRegion](https://twitter.com/EUinmyRegion)



[EUinmyRegion](https://www.facebook.com/EUinmyRegion)



[flickr.com/euregional](https://www.flickr.com/euregional)



[EUinmyRegion](https://www.youtube.com/EUinmyRegion)



[euinmyregion](https://www.instagram.com/euinmyregion)



[ec.europa.eu/commission/2014-2019/
cretu_de](http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/cretu_de)
[@CorinaCretuEU](https://twitter.com/CorinaCretuEU)



Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
Kommunikation – Agnès Monfret
Avenue de Beaulieu/Beaulieuilaan 1 – B-1160 Bruxelles/Brussel
E-Mail: regio-panorama@ec.europa.eu